

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Zeitungspreis beträgt bei ihrer Zustellung im Hause für Groß-Berlin 1.50 M. im voraus zahlbar, bei Postbestellung monatlich 1.50 M. zzgl. Zustellungsgebühren, bei Zustellung außer Stadtband 2.75 M. (Deutschland und Ostpreußen), für das übrige Ausland 15.— M. jährlich Valutausgleich.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2895 und 2896.

Die schlagfertigen Telegramm-Adressen über dem Meer, sowie alle Fern-Anfragen, alle auch die Familien- und Organisationsangelegenheiten werden laut aufgegebenen Zeitungs-Tarif besorgt. Invernal für den bevorstehenden Tag müssen spätestens bis 1 Uhr nachmittags in der Expedition ankommen sein.

Inferatun-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2895-96, 9765

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Fort mit dem Belagerungszustand!

Aufhebung der Ausnahmeverordnungen für Thüringen.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Thüringen.

Wunsch wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat auf den von Minister Brandenstein überbrachten Antrag des Staatsrats in Thüringen, und nachdem sich der Staatsrat für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verbürgt hat, sämtliche Ausnahmeverordnungen für Groß-Thüringen (Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Gotha, Sachsen-Altenburg, Neuh. Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen und die von ihnen umschlossenen Gebiete) mit Wirkung vom 1. April aufgehoben, in der Erwartung, daß Gewaltakte aller Art unterbleiben und die verfassungsmäßigen Behörden anerkannt und in ihrer Wirksamkeit nicht beeinträchtigt werden.

Wie wir zu dieser Meldung noch erfahren, sind für Thüringen sämtliche auf Grund des Artikels 48 erlassenen Ausnahmebestimmungen aufgehoben worden, es handelt sich also nicht etwa nur um die Aufhebung des verhängten Belagerungszustandes. Außerordentliches Befremden mag es erregen, daß die Regierung sich in der Befreiung des Belagerungszustandes auf Thüringen beschränkt. Für das übrige Reich, mit Ausnahme des Freistaates Sachsen, wo der Belagerungszustand durch die dortige Regierung in den Tagen des Kapp-Putsch aufgehoben worden ist, nachträglich allerdings über Leipzig wieder verhängt wurde, besteht der Belagerungszustand noch fort. Zu allem Ueberflus teilt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gestern mit, daß für Berlin der „reguläre Belagerungszustand“ noch in Kraft sei. Der Reichswehrminister hat am Montag in der Nationalversammlung erklärt, daß die Arbeiterkassen sich außerordentlich bewährt haben. Wir verlangen, daß die Regierung es nicht bei einigen schönen Worten und bei einzelnen Ausnahmen bewenden läßt, sondern daß sie endlich dem Belagerungszustand für das ganze Reich ein Ende macht!

Mitterand gegen den Reichsfinanzler.

Mitterand an den deutschen Geschäftsträger Mayer.

L. H. Paris, 31. März.

Mitterand ließ dem deutschen Geschäftsträger Mayer heute vormittag folgendes Schreiben zugehen:

Herr Geschäftsträger! In Beantwortung Ihres Schreibens von gestern, beehre ich mich, Ihnen die Bedingungen zu bestätigen, in denen die französische Republik ihre eventuelle Ermächtigung erteilt, das Ruhrgebiet durch deutsche Truppen besetzen zu lassen. Diese Ermächtigung würde eine Beiratung durch Artikel 43 und 44 des Versailler Vertrages darstellen, und ließe sich nur durch eine gebieterische und augenscheinliche Notwendigkeit rechtfertigen. Nun haben aber die Organe der Kontrollkommission, die durch das Protokoll vom 21. August 1919 beauftragt wurde, die Ausführung des Friedensvertrages zu überwachen, — wie ich Ihnen bereits bei unserer letzten Unterredung erklärte — die bestimmte Ansicht geäußert, die auch von anderer Seite bestätigt wird, daß in dem gegenwärtigen Augenblick eine militärische Intervention in dieser Gegend unnötig und gefährlich sei. Die Umstände erlauben es mir daher nicht, dem Gesuch Ihrer Regierung zu entsprechen, und ich muß mir meine endgültige Entscheidung auf die bestimmten Beschlüsse, die Sie mir gestern unterbreitet haben, vorbehalten. Zum Schluß möchte ich die aufrichtige Versicherung erneuern, daß die französische Regierung den Wunsch hegt, die Aufgaben der Regierung in dem Maße zu erleichtern, wie sie mit der Verteidigung der Interessen vereinbar sind, die wir zu schützen beabsichtigen sind. Genehmigen Sie usw. . . ges. Mitterand.

Die Christen für Watter.

Berlin, 31. März.

Die heute in Essen versammelten Vertreter der Hauptverwaltung und der Bezirks des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter haben der Reichsregierung nachstehendes Telegramm übersandt:

Die heute versammelten Vertreter der Hauptverwaltung und der Bezirks des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter fordern im Namen der 100 000 Mitglieder des Vereins im Ruhrgebiet, daß die Regierung mit aller Entschiedenheit für Verhängung des Belagerungszustandes und Schaffung von Ruhe und Ordnung in

Deutschlands größtem und wichtigstem Industriegebiet sorgt. So wie bisher kann es nicht weitergehen. Hunderttausende von Bergleuten und anderen Arbeitern werden von den Ausführeuren von links mit Waffengewalt an der für unser Volk so notwendigen Arbeit gehindert, und Handel und Verkehr sind lahmgelegt. Die Regierung muß ihre Nachmittel jetzt entscheiden ausnützen, um wieder geordnete und geistliche Zustände herbeizuführen und den Arbeitern den notwendigen Schutz von Leben und Gesundheit zu verschaffen. Sie darf den Forderungen der Elemente, die eine Linksbildung anstreben, nicht weiter entgegenkommen, insbesondere darf sie den Herrn General Watter nicht abberufen. Mit aller Entschiedenheit fordern wir, daß sich die Regierung und ihre Politik nicht von der Berliner Straße, sondern von den Bedürfnissen des deutschen Volkes leiten lassen.

Von christlicher Nächstenliebe zeugt dieser Ruf nach dem Watter gerade nicht. Im übrigen wird sich die Regierung ihre Politik noch weniger von einer relativ unbedeutenden Gruppe, wie es der christliche Bergarbeiterverband ist, vorschreiben lassen dürfen. Es ist wahrhaftig nicht umgehend für die Bedürfnisse des deutschen Volkes. Vor allem aber ergibt sich das Telegramm in den Zeilen, die eine Darstellung der Zustände im Ruhrgebiet sein sollen, in unverantwortlichen Ueberschreibungen.

Ein schwerer Vorwurf gegen Seedt.

Am Dienstag wurde in parlamentarischen Kreisen die Nachricht kolportiert, daß der General v. Seedt seinen Abschied als Oberbefehlshaber erhalten solle. Die Wichtigkeit dieser Meldung ist gestern in verschiedenen bürgerlichen Blättern besprochen worden, und es scheint in der Tat, als ob sich Reichspräsident und Ministerium nicht entschließen könnten, sich von diesem „demokratischen“ Offizier zu trennen.

Dabei ist doch offenbar auch an gewissen Regierungsstellen ein Gefühl für die Unmöglichkeit vorhanden, den General noch länger zu halten. Wenigstens hat dieser Tage der preussische Finanzminister Lüdemann in einer öffentlichen Sitzung der Wilmersdorfer Stadtkonferenzverammlung Herr v. Seedt zweimal mit Nachdruck des Wortsbruches begünstigt. Man wird allgemein zugestehen müssen, daß es ein unmöglicher Zustand ist, wenn der höchste militärische Befehlshaber sich von einem Mitglied der Regierung öffentlich einen derartigen Vorwurf machen lassen muß.

Der Generalstreik in Dänemark.

Kopenhagen, 31. März.

In der heutigen Sitzung der Gewerkschaftsführer wurde der Generalaufruf für nächsten Dienstag beschlossen. Die Forderungen der Arbeiter sind teils politischer, teils wirtschaftlicher Art.

Die englischen Arbeiter gegen Lloyd George.

Asterdam, 31. März.

Wie „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ meldet, haben die Arbeiterparteien die Herausforderung Lloyd Georges angenommen. Das Parlamentariermitglied Hodge sagte in einer Rede in Bridgewater: Während der Premierminister unsere Hilfe und Mitarbeit während des Krieges dankbar angenommen hat, beschimpft er uns jetzt als Bolschewiken. In meinen Augen ist das ebenso niedrig als das Schellen von Pfannkuchen aus dem Sammelbecken eines Winden.

Der Abgeordnete Robert sagte in Dudley, Lloyd George werde sich eine härtere Waffe aussuchen müssen als die Warnung vor dem Ultimatum, um die Reihen der Arbeiter auseinanderzureißen.

Wilhelm bleibt in Holland.

Obwohl verbreitet die Nachricht der „Daily Mail“ aus Amsterdam, die alliierten Regierungen hätten die letzte Note Hollands über den Aufenthalt Kaiser Wilhelms angenommen. Holland übernehme die Verantwortung, zu verhindern, daß Kaiser Wilhelm eine Bedrohung für die Sicherheit Europas werde. Als Aufenthaltsort werde dem Kaiser der von ihm erworbene Besitz in Daxen gestattet.

Nerven behalten!

Im größten Teil des westlichen Industriegebietes, in Gelsenkirchen, Mülheim a. d. Ruhr, Essen, Eibfeld usw. herrscht der Generalstreik. Für diese erneute Lahmlegung der Produktion dürfen wir uns bei dem General v. Watter bedanken, dessen unerhörte Auslegung des Wielefelder Abkommens die äußerste Empörung der Arbeiterschaft hervorgelassen hat. Sie glaubt sich betrogen und sie hält einen Offizier, der ein Ultimatum erläßt, das eine fatale Nechtheit mit der den Weltkrieg eröffnenden verhängnisvollen Note Desertréich an Serbien hat, zu jeder Niedertracht fähig. Sie ist überzeugt, am Vorabend des weißen Schreckens zu stehen und will den letzten Versuch machen, die Gefahr durch die allgemeine Arbeitsniederlegung zu bannen.

Der Reichsfinanzler Müller ist in seiner Rede am Dienstag ja ein wenig von dem tatendürftigen General abgerückt. Er hat angedeutet, daß eine wörtliche Erfüllung der Bedingungen schließlich nicht erforderlich sei, und daß man nur den guten Willen sehen wolle. Aber diese Erklärung reicht bei weitem nicht aus. Die Regierung muß so deutlich als möglich zum Ausdruck bringen, daß sie sich die Methoden der nach billigen Vorbeeren langenden Militärs nicht zu eigen macht und daß sie nicht gewillt ist, sich durch die Aufstellung unerträglicher und unerfüllbarer Forderungen den Vorwand zu verschaffen, unter dem Proletariat des Ruhrreviers ein furchterliches Blutbad anzurichten.

Sie muß sich auch darüber klar sein, daß die Lage ganz allgemein durch das Watterische Vorgehen außerordentlich erschwert und kompliziert worden ist. Es treffen zahlreiche Nachrichten ein, über Blünderungen und Genozidaten, die von Angehörigen der sogenannten Roten Armee verübt sein sollen. Wir nehmen diese Meldungen mit der größten Vorsicht auf. Wir sind sicher, daß sie aus Gründen der Stimmungsmache stark übertrieben sind. Immerhin mag zugegeben werden, daß einzelne undisziplinierete Gruppen sich böser Uebergriffe schuldig machen. Neben den organisierten Arbeitern, die die Parteien und Gewerkschaften fest in der Hand haben, fehlt es in den Industrieorten an der Ruhr und am Rhein nicht an zweifelhaften Elementen, für die keine Organisation die Verantwortung übernehmen kann, und es ist wohl möglich, daß sie, die mit Sozialismus und Kommunismus nichts zu tun haben, eine Aktion auf eigene Faust unternehmen und unklare politische Streben mit der Sucht nach persönlicher Bereicherung verbindend, eine Gefahr für die Sicherheit und Ordnung darstellen.

Aber die Zeitung, die sich die besonnenste und zielbewußte Arbeiterkraft gegeben hat, würde mit diesen Marodeuren schon fertig werden, wenn ihr nicht das fabelhafteste Ultimatum die größten Hindernisse in den Weg gerollt hätte. Die Dinge liegen so, daß sie fast befürchten muß, als Willensvollstreckerin des Hauptquartiers in Münster angesehen zu werden, wenn sie gegen die Freischützer energig vorgeht. Daß sie ihr Treiben verurteilt wie wir, geht aus zahlreichen Zeugungen in ihrer Presse hervor, und nur die wachsende Nervosität des Proletariats und die Ungevißheit über die wahren Absichten der Regierung hindern sie, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Alles kommt darauf an, die Stellung der Organisationen wieder zu stärken, und das kann nur geschehen, wenn man ihnen von Berlin und Münster aus die Ueberzeugung beibringt, daß man unbedingt auf dem Boden der Wielefelder Vereinbarungen steht und sich darin durch die Vergehen einzelner nicht irremachen läßt. Nichts wäre verwerflicher, als wenn jetzt die Reichswehr in Bewegung gesetzt würde. Das hätte nichts anderes zur Folge, als daß das ganze Ruhrrevier in Flammen aufginge, und daß tatsächlich die undisziplinierten die Oberhand gewönnen. Es würde zweifellos möglich sein, die Bewegung gewaltlos zu unterdrücken. Aber das Ziel wäre nur durch ein Meer von Blut zu erreichen und gewaltige Störungen des Wirtschaftslebens würden die Folgen sein. Hoffentlich bleibt sich die Regierung dieser Tatsache bewußt und läßt sich weder durch das Gedächtnis der kapitalistischen Schachmacher noch durch den Appell der den Verlust ihrer Anhängerschaft fürchtenden Hauptverwaltung des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter zu verabschiedeten Entschlüssen hinziehen.

Abrechnung mit den Schuldigen.

Preussische Landesversammlung.

122. Sitzung, Mittwoch, 30. März 1920.

Vorsitzung der Debatte über die Regierungserklärung.

Der Antrag zum Haushaltsplan 1919 wurde nach kurzer Aussprache in zweiter und dritter Beratung angenommen. Ebenso geschah es mit dem Antrag betreffend die einstweilige Regelung des Haushalts für 1920 und mit dem Antrag auf Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten. Dann wurde die Debatte über die Regierungserklärung fortgesetzt.

Hg. Rosenfeld (H. Soz.):

Man kann sagen: es kam, wie es kommen mußte nach der Politik der Dörsch, seine Rolle. Wie oft haben wir vor der Gegenrevolution gewarnt. Aber gegen uns wurden Ausnahmestände und Schutzhaft verhängt und unsere Presse wurde unterdrückt. Gegen uns schwang man die Peitsche. Nach rechts oder links man jankte Mahnungen und ein „Bitte, bitte!“ (Sehr richtig!) Darum wunderte es uns auch nicht, daß Herr Kapp Herr Heine zum Eintritt in die Regierung aufforderte. Sie hätten zueinander. Wie oft haben wir die Demoralisierung der Verwaltung gefordert. Es ist nicht geschehen und am 13. März haben Sie die Rechte geerntet. In einem wichtigen Posten haben Sie den Vertrauensmann der Monarchisten Herrn v. Dörrer trotz unserer Warnung belassen. Weiter erinnere ich an Dörrer, Jumbach und an Winnig. Besondere Beachtung verdient, daß die preussischen Beamten erst in den letzten Tagen auf die Verfassung vereidigt worden sind. (Hört, hört!) Erwähnen möchte ich nur das eigenartige Verhalten des Schöneberger Oberbürgermeisters Dominikus, der am 13. März seine Beamten zur Vereidigung bestellt hatte, dann aber mit Rücksicht auf den inzwischen vollzogenen Witzsch nicht zur Vereidigung schritt, um seine Beamten nicht in einen Verweigerungsfall zu bringen. (Sehr wahr, hört links.) Nach meiner Meinung hätte er die Vereidigung vornehmen müssen. Indem er dies nicht tat, hat er bewiesen, wie wenig ihm sein demokratisches Programm bedeutet, worin doch das Eintreten für die freie, demokratische Republik enthalten ist.

Wir haben vorausgesehen und vorausgesagt, wohin die gegenrevolutionäre Entwicklung führen würde. Mein Parteifreund hat hier bereits am 2. Februar ausgesprochen: „Ka richtig, die Rechte denkt nicht an Gewalt. Sie haben auch die Gewalt nicht nötig. Wenn sie mal so weit sind, und die heutige Regierung noch da ist, wird gar kein Schuß losgehen. Man wird kein Kassengehörte brauchen. Man wird Herrn Dörrer, Herrn Kapp, Herrn Heine und Tautz quantitativ bitteln, in dem betreffenden Auto Platz zu nehmen, und dann wird man sie dahin fahren, wo man vor ihnen Ruhe hat.“ (Sehr richtig!) Fast genau so ist es gekommen, nur daß sich die frühere Regierung vorwärtsgerichtet das Auto selbst besorgte. Wir kennen die direkte und schwere Schuld der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Aber nicht minder groß ist die Schuld der Parteien, die die Regierung Kapp-Heine immer gedeckt haben. (Sehr wahr b. d. Unabh.)

Herr Dörrer gewährt gestern, indem er sich als Leiter der Republik ausspricht, einen überaus komischen Anblick. Das Verweigerermaterial über die engen Beziehungen zwischen der Deutschnationalen Partei und den Kappisten ist in solcher Fülle vorgekommen, daß ich mir ein Einzelnes daraus ersparen kann.

Ein Wunsch hat der Staatsrat Herr Kapp-Lüttich allerdings geäußert.

Er hat das gesamte Proletariat zu einmütigem Handeln zusammengeführt und das Nachdenken gewaltig gefördert. Raum war bekannt geworden, daß sich die Kappisten in die Ministerfessel geschwungen hatten, um das Proletariat unter Führung der Unabhängigen Sozialdemokraten und unter Mitwirkung der Sozialdemokratischen Partei sowie der Gewerkschaften mit einer Einmütigkeit und Geschlossenheit in den Generalstreik ein, wie wir es noch nie erlebt hatten. (Sehr richtig links.) Dieser Streik ist von Herrn Dörrer als ein unmoralisches Mittel bezeichnet worden. Ein solcher Vorwurf steht einem Manne schicklich an, dem zur Aufrechterhaltung der alten Herrschaftsverhältnisse kein Mittel zu unmoralisch war. Man hat auch geglaubt einen Widerspruch feststellen zu können zwischen dem Wort: „So-

zialismus ist Arbeit“ und unserer Generalfreilassungsparole. In Wirklichkeit zeigt sich daran nur die Verjährenhaftigkeit der Parteien noch. Die Arbeiterklasse ist bereit zu arbeiten, so sehr es in ihren Kräften steht, soweit es sich um Arbeit für die Allgemeinheit handelt. Sie ist aber auch bereit, alles zu opfern, wenn es um ihre Freiheit geht. (Sehr richtig links.)

Als die Gegenrevolution zu eingesetzt, wo waren da die preussischen Minister? Am 13. Januar, als es galt auf fruchtlose Arbeiter zu schießen, da hat Herr Heine Mut gehabt, da ist er selbst im Reichstag gewesen. Am 13. März aber waren alle miteinander verschwunden. Die von Heine organisierte Sicherheitswehr hat sich als ein untaugliches Instrument erwiesen zur Bekämpfung der Reaktion. Sie hat sich im Gegenteil als deren starker Hort entpuppt. Sofort mit Beginn des Aufstandes tauchten der berühmte Oberst Reinhardt und der noch berühmtere Hauptmann Hessel in ihr auf.

Was aber das Angehörigverhältnis von allem ist, ist die Tatsache, daß der Menschenjäger Kapp auf die freisinnige Arbeiterklasse losgegangen wurde. (Sehr wahr, hört links.) Nun trotzdem die Reaktion zurückgeschlagen wurde, so ist dies dem einmütigen Kampf der Arbeiterklasse, der Kapp- und Kappkollaborateure, zu danken. Demgegenüber konnte und mußte das Eingreifen der kleinen wirklich republikanischen Kräfte des Bürgertums nur von recht geringer Bedeutung sein.

Was wir zu erwarten gehabt hätten, wenn der Militarismus triumphiert, wenn der Putz gelungen wäre, davon haben wir einen Vorgeschmack erhalten in den Taten der Reichswehr in den nächsten Umgebung von Berlin und in Mitteldeutschland. Man war drauf und dran, den weißen Schrecken aufzurichten. Aber auch was heute noch geschieht, trotz aller Versicherungen, ist ungenügend genug. In Adenau ist mein Parteifreund Mitglied dieses Hauses nicht mehr, sondern von der Soldateska zum Tode verurteilt worden. (Stärkliches Hört, hört.) Nur einem glücklichen Umstande ist es zu danken, daß er nicht ergriffen wurde.

Nach gestern ist Militär in Adenau erschienen, um Arbeit und einen rechtssozialistischen Gemeindevertreter zu ergreifen und, wie sie angaben, ohne weiteres zu erschließen. (Stärkliches Hört, hört.) Bewegung im ganzen Hause. Was tut die Regierung und was hat sie getan, um solche Dinge unmöglich zu machen? Es handelt sich nicht etwa um einen Einzelfall. Hunderte solcher und ähnlicher Fälle sind bis in die letzte Zeit vorgekommen. Wie haben diese erhalten, worin geschahert wird, unter welsch unmenschlichen Qualereien die Opfer der wildgewordenen Soldateska hingerichtet worden sind. Jüngst sind es bürgerliche Anführer, die ergriffen und bestialisch gemordet wurden. (Sehr wahr, links.) Wie es in Adenau geschah und weiter erinnere ich an die barbareische Tortur, die an einem unglücklichen Menschen in der Schönebergerstrasse vollzogen wurde. Alle dies bedrückend schreien nach Rache, ebenso, wie die in Halle, in Linde, in Berlin und Thüringen begangenen. Solche Verbrechen sind schlimmer als die im zaristischen Rußland. (Zustimmung links.) Damit ist die Liste der Schandthaten noch lange nicht erschöpft. Wärdig reißt sich die am Sonnabend vollzogene Verhaftung von etwa 1000 Ausländern, meist Östern, hier in Berlin diesem Vorgehen an. Das geschah zu einer Zeit, wo man annehmen konnte, daß das Militär nicht mehr im Besitze der unmenschlichen Gewalt sei. Wie sinnlos man bei Ausführung des Befehls verfahren ist, beweist die Tatsache, daß man schon nach der ersten ganz oberflächlichen Prüfung von den 1000 Gefangenen nur etwa 250 zurückhalten konnte. Sie wurden nach dem Lager Rössen gebracht, wo schließlich auch die Lebrigen 750 auf einen 40 Personen entfallenden Raum mußten. (Hört, hört.) Und wegen dieser vierzig „Verdächtigen“ mußten in Hunderte von Familien Angst und Schrecken getragen werden. Dieses sinnlose Vorgehen ist entsprungen dem Bestreben, Judenprogramme anzusetzen. Die Politikverwirrer sind ganz darauf eingestellt, Reichswehroffiziere bestellenden Hauptmänner, worin zum Wort an bestimmten Personen aufgefördert wird. Herr Viktor Kopp, der Vertreter der russischen Regierung, kann keinen Auftrag, sich um das Los der russischen Gefangenen in Deutschland zu kümmern, nicht erfüllen, weil ihm durch russische Offiziere der Vermondttruppe nachstellen. (Große Unruhe.) Alles das wird nicht günstig wirken auf die Verhandlungen eingeleiteten Verhandlungen mit der russischen Regierung. Viele von denen, die heute so schamlos verurteilt werden, sind gar nicht freiwillig hierher gekommen, sondern infolge des Krieges hierher geschleppt worden. Sie haben den Krieg führen helfen müssen und den keine Möglichkeit

heit in ihr Land zurückzuführen. Sie hätten also allen Anspruch darauf ausständig behandelt zu werden. (Sehr wahr b. d. Unabh.) Es ist unverantwortlich, daß dieselben Strafen, die damals befürwortet, daß die Unglücklichen bereitwilligst abgeführt wurden, nun gegen sie losgehen. Man muß die Ausländerfrage ganz anders angehen.

Ein beklümmendes Kapitel für die jetzige Regierung ist es auch, wie gegen den als Unterhändler der Kapp-Regierung nach Berlin entsandten Dr. Dunschke verfahren worden ist, der nicht dem Minister Grabow auf Seckelbach verhaftet wurde. Auch die ungerechtfertigte Verhaftung meines Parteifreundes Seckelbach darf nicht unerwähnt bleiben. Torgler wurde kein Mensch angedeutet, wahn er gebracht worden war. Aber nicht genug damit, daß täglich noch Liebesgriffe vorkommen. Jetzt ist Senator Gehrhardt wieder in Lübeck angelangt und sofort täglich Nachschub an Mannschaften und Munition und außerdem drei Millionen Mark in bar. (Stärkliches Hört, hört.) Die Gegenrevolution ist noch keineswegs zu Boden gestiegen. Sie ist noch wie vor im Reichswehrministerium. Der General Seckelbach hat neuerdings verfügt, daß alle diejenigen, die sich als Parteifreunde während des Generalkrieges, also gegen die Arbeiterklasse zur Verfügung gestellt haben, als beachtlich anzusehen sind. So wird für die gegenrevolutionären Elemente gesorgt. Von einer gleichen Fürsorge für die kämpfende Arbeiterklasse hat man jedoch noch kein Erwähnungswürdiges gehört. (Sehr wahr b. d. Unabh.)

Auch der Präsident dieses Hauses hat als Regierungskommissar für Hannover jede Rücksicht auf die Arbeiterklasse lassen. Er hat gegen das Mitglied meiner Partei, Herrn Kapp, der noch bis vor kurzem bei den Rechtssozialisten war und dort allerdings zu Reiner in Opposition stand, einen Zusatzbefehl erlassen, nachdem er von den Kappisten in Haft gesetzt war. Und das Tollste an der Sache ist die Begründung des Herrn Reiner. Die Haft wird verhängt, weil gegen Willen und ohne Wissen des Reiner ein Flugblatt verbreitet worden ist, das er mitverfaßt hatte. Wenn das ein Rechtssozialist ist, was kann man dann von den Militärs erwarten. Ebenso unerträglich liegt ein anderer Fall. Ein gewisser Wöhl wird mit Leiner als Justizminister verhaftet, weil er „Wahrscheinlich“ noch Mitglied des Zentralkomitees der R. P. D. sei. Trotz aller Ermahnungen ist bisher keine Spur mehr von dem Manne aufgefunden worden. Herr Reiner sollte sich verpflichtet fühlen, sich darum zu kümmern, daß der Mann nicht spurlos verschwindet, sondern schnellstens freigelassen wird.

Unser Parteitag in Erfurt steht heute noch unter militärischer Zensur. Die großen Läden im Text machen dies jedem augenfällig. Fürwahr, alle diese Zustände, die sich unter den Augen der Regierung abspielen, sind in keiner Weise vertrauenswürdig. Was tut die Regierung, um die Rechte des Volkes zu schützen und so barmherzige Zustände, wie sie noch in weiten Teilen des Landes herrschen, endlich zu beseitigen?

Wünschen der Regierung und den Gewerkschaften sind Vereinbarungen getroffen worden, die den Organisationen einen entscheidenden Einfluß einräumen. Wie haben gestern gehört, daß das Zentrum und die Demokraten diesen Forderungen abweisend gegenüberstehen. Demgegenüber betonen wir mit allem Nachdruck, daß wir mit der ganzen Kraft unserer Partei hinter diesen Forderungen stehen und für deren Durchsetzung einsetzen werden. (Sehr richtig links.) In bezug auf die Rechte der Rechtssozialisten keine größere Energie dafür aufgewendet haben, daß den Forderungen der Vertreter von 12 Millionen deutscher Arbeiter entsprochen wird. Insbesondere bedauern wir, daß ein Mann, wie der Eisenbahnminister Dörrer in der Regierung verbleiben ist, obwohl er durch sein obersteinständisches Vorgehen bei Schließung und Wiedereröffnung der Eisenbahnwerkstätten sich alles Vertrauen verlohren hat und auch nach dem Streik durch seinen Erfolg über die Wiederaufnahme der Arbeit bewiesen hat, welcher Geist ihn noch immer beherrscht. (Sehr richtig b. d. Unabh.)

Auch daß Herr Dörrer sich in die neue Regierung hinübergerettet hat, erfüllt uns mit Mitleid. (Weiß bei den Unabh.) Die Reaktion in der Schulverwaltung ist mit die härteste Stütze der Gegenrevolution. Am 13. März sind viele Schulleiter in das Lager der Kappisten hinübergegangen. Wir schließen und deshalb den Forderungen des Verbandes sozialistischer Lehrer an, die eine gründliche Säuberung der Schulverwaltung erstreben. Herr Dörrer hat zwar Bestätigung gelobt haben. Nach den Erfahrungen, die wir bisher mit ihm machen mußten, können wir ihm jedoch kein Vertrauen schenken.

In Bezug auf die Umbildung der Reichs- und Elberfelder Wehr sind uns gleichfalls Zusicherungen gemacht worden. Was ist bisher hierin geschehen? Noch heute sind diejenigen Mannschaften nicht wieder eingestellt worden, die während des Aufstandes entlassen wurden, weil sie sich weigerten, für die kaiserliche Wehr zu tun. Wenn nicht bald und gründlich an-

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Kugler.

Der Bauer beugte sich bis zur Tischkante vor, sah seinen „Einzigen“ mit emporgeschobenen Augenbrauen an und begann mit dem Kopfe wie ein Pagode zu nicken. „Bist mir a rarer Vogel, du!“ summte er.

„Warum, Vater?“

„Warum? Warum? Wirst's wohl wissen warum und daß ich das dummeuerrische Gefrag' nit leiden kann, weißt auch! Bist heut' nicht nit d'ganze Wiesen quer h'munter und quer'auffi gelockt? Was denkst denn eigent'lich dabei, wenn du da sein bist in Grund und Boden h'reintrittst, 's meine oder 's deine? Ich mein' schier, 's wird 's meine sein, nach lang' nit 's deine, verbleibt, und daß du mir 's meine schiddest, dogeg'n tu' ich Einspruch! Komm' du mir nur nit etwa mit der dalksten Red', daß 's ja doch 'mal 's deine sein wird', da hat's, wie g' sagt, noch lang' hin, und wenn du dich gleichwohl in dein' Gedanken als künftigen Eigner aussprichst, wo ist diekebe Urzassigkeit?' nur noch blümmen und ich seh' wohl, es is a reine Gnad' vom Himmel, je länger er mich da of der Wirtschaft sitzen laßt und so lang' ich mich noch hiffel rühren kann, denst' du auch nit an's Verberieten und daß ich dir in d'Ausnahm' geb'! Noch lang' nit! Denn kann wärs' du da der Herr davon, rennest' nur wohl mit lustige Brüderlein gleich rudelweis über Felder und Wiesen und trestest n' Gottesdien in d' Erd'; das is aber der Anlana vom Verpörrschaffen und da konnt' ich's wohl bald erleben, daß mein Ausnahm'sübel mit einmal kein Dach und keine Mauern mehr höll'! Ach, nein, ich hab' wohl mein' hindischen Notarius, wann ich einmal geh' — noch denst' ich nit d'ran — aber dann muh' der mir d' Sach' so verklaulieren, wann gleich kein Stein vom Haus und kein verbleibt Boden mehr dein bleibt, daß doch ich da mein Verbleiben und Auskommen hab', und für den Fall löffl' du aus, was d' dir einbrodt hast, von mir darfst' mit 's G'rinne erwarten; als Ausnahm' kann ich kein' Einleazer branden. Verbleibt? Na, da sibt er, der Röll, und laßt in sich h'neinreden wie ein Stod.“ Er schlug mit der Hand in den Tisch.

„Sag' mir nur, 's Eine möcht' ich doch wissen, was hast denn eigentlich af der Wiesen 'juden a'habt?“

„Aber gar nit nit, Vater. Freis' standen, es war halt ein un'finnt' Stück.“

„Ein un'finnt' Stück? Na ja, hab' mir's eb' denst, daß is allweil dein' letzte Red'“. Bis zum Hals h'nauf hab' ich's schon, deine un'finnten' Stückel! Komm' mir nit wieder damit!“

„Es wird nit mehr vorkommen.“

Der Alte erhob sich. „Sagst auch allweil, aber wann du glaubst, mit mir wachen zu können, werd' ich dir doch 'nächst ein' Ernst reizen.“

„Wird nit noimenda sein.“

Der Bauer duckte den Kopf zwischen die emporgeschobenen Kähnen und ging murrend nach der Türe.

„Gute Nacht, Vater“, rief Toni und sah ihm verstoßen schmunzelnd nach.

Der Alte ging nach seiner Schlafkammer, die nichts enthielt, als ein Nachtkästchen, zwei Stühle und ein Bett mit eisernem Gestelle; da höllt sich kein Ungewisser, und auf Strohhack, Koffhaarpöller und unter rauher Mobe schütt sich's am gekündelten, das hatte dem Sternsteinhof-Bauer Einer verschert, der bei den Soldaten gewesen und trotz angedehnter Strapazen hundert Jahre alt geworden war und so weit, hoffte, er es auch zu bringen. Er dachte, daß er noch lange nicht in's Ausgedina müßte, und an den un'finnten' Stückel' keines Sohnes immer eine gute Ausrede haben werde, wenn er vor der Zeit und zu dessen Gunsten auch nicht wolle.

Das hätte der Toni wissen sollen; ihm würde über seinen nachsichtigen Vater das Baden vergangen sein.

VI.

Am Morgen des zweiten Tages darnach schante der Toni vom Sternsteinhof an der Bretterwand einer Scheuer und schmauchte sein' Pfeifchen. Er sah hinab nach dem Häuschen des Kleebinder Muderl, der sich im Vereine mit dem alten Tagewerker Gregori mühte, eine arache Kiste heraus und auf einen Sädelkarrn zu schaffen; nachdem sie das fertig gebracht, hückte sich der Alte, um das Schreibband, das ihm von den Mädchen herabgeworfen, an die Sandbänke zu legen, dann kniete er in die Häufte, griff zu und fuhr des Weges.

Die Selen', die unter ihrer Türe gestanden hatte, kam

herau. Muderl lachte sie an der Hand und beide schritten plaudernd, langsam hinterher. Die alte Kleebinderin lief in das Vorgärtel, nickte und lob ihnen laue nach.

Die Dirne ging mit hohem Kopfe, sie wird also den Soldatiner nur eine Strecke und nicht allweil begleiten.

Toni paffte in kurzen, baltigen Stößen Rauchwölken aus seiner Morgenpfeife, während er den beiden, da unten wandelnden, immer kleiner werdenden Gestalten mit den Augen folgte, bis er sie ganz am oberen Ende des Ortes, nicht größer wie Krähen im Schnee, hinter der Weidmümmung verlor. Er blickte um sich und da er niemand in der Nähe merkte, machte er sich eilia davon, leute, fast laufend, die Strecke, bis zur Brücke zurück, dort schante er sich an' Geländer, verstauchte ein wenig und ging dann langsam zum Dorle hinaus.

Er schritt bedächtia immerau, bis er auf Selene traf, die gerade unter dem Busche stand, wo sie sich damals verstoßen neuweis mit Muderl zusammengefunden.

„Grüß' dich Gott, Dirn“, laute Toni.

„Auch so viel“, entgegnete Selene.

„Wohin 's Weg'?“

„n Muderl hab' ich besagt', geht ab' ich wieder heim.“

„So, n Muderl? Mit das dein' Sach'?“

„Ich wüß' nit, warum ich dich in dem Glauben irr' machen sollt'; er wird schier so was sein.“

„Wundert mich.“

„Daß ich ein' Sach' hab'?“

„Dös nit. Eine, wie du, kann Redn für Ein' hab'n, wann's will.“

„Na, jetzt weicht, eb'n wenn's af's Wollen ankommt, da tau'g' mir die Reine für Ein' schon gar nit; da war' mir schon Einer wie Reine lieber.“

„Na, aber lo Einer wie Reine is doch der Muderl nit!“

„Das sag' ich auch nit, aber ich' mir'n in Fried'. Daß er mir mehr ailt wie ein Anderer, mag dir völlia g'nügen, um wie viel mehr, kann dir gleich sein.“

„Rein, das is mir eb'n nit gleich, das möcht' ich wissen, du, als d' Schönl!“

„Schwäg' du nit von der Schönl! Lang' bevor ihr an'haben habt, mich als diekebe auss' schreiben, hab' ich ihm schon daskit' gollten. Wellest' verbleibt, daß er dadurch schon geg'n andere voraus hat; vielleicht auch nit, sed' nalla erspar' ich's Erklären.“

(Fortsetzung folgt.)

1. Urteilen = bewerten, beschreiben.

Werk gegangen wird, so wird dies unser Vertrauen auf das äußerste beschwächen. (Sehr richtig bei den Unabh.)

Kun ein Wort zu den

Vorgänge im Ruhrgebiet.

Sie sind Gegenstand wichtiger Verhandlungen. Aber eins muß ich hier ausdrücklich feststellen: eine Regierung, die mit Gewalt überhand der gesamten Arbeiterklasse, lebhafter Zustimmung links.) Wir verlangen Verhandlungen und werden nicht dulden, daß Arbeiter niedergeschlagen werden. Wir verlangen ferner die sofortige Entlassung des Generals Walter, der sich mit seinen Ausführungsbestimmungen ausdrücklich in Widerspruch mit den Erklärungen der Regierung gesetzt hat. Nur im Wege friedlicher Verhandlung können Zustände herbeigeführt werden, unter denen die Arbeiter ruhig an die Arbeit gehen können.

Der Bolschewikenscheißer ist auch von Herrn Braun noch nicht ganz überwunden. Er sollte wissen, daß der Kampf gegen den Bolschewismus ein Kampf gegen die organisierte Arbeiterklasse ist. Wir verlangen ferner

restlose Befreiung des Ausnahmezustandes in allen Teilen des Landes und Freilassung aller politischen Gefangenen, von denen manche bereits seit März vorigen Jahres im Gefängnis schmachten.

Wir bekämpfen die Regierung, weil sie nicht die Kraft besitzt, mit dem Militarismus aufzuräumen; weil sie nicht die Kraft und den Willen hat, dem Kapitalismus ernstlich zu Leibe zu gehen. (Sehr richtig bei den Unabh.) Die Arbeiterklasse hat nicht die großen Fehler gebracht, damit der Militarismus und Kapitalismus neu erstehen, sondern um sie niederzuringen. (Weißfall bei den Unabh.) Weil wir aber wissen, daß eine Koalition mit dem Bürgerium niemals das Ziel der kampfswilligen Arbeiterklasse erfüllen kann, deshalb haben wir eine reinsozialistische Regierung gefordert. Bewußt hätte eine solche Regierung in diesem Punkte keine Weichheit gehabt. Aber nachdem der Generallstreik erwiesen hat, wo die Mehrheit des Volkes steht, hätte die Regierung den erforderlichen Rückhalt für ihre Maßnahmen gehabt. Nur eine solche reinsozialistische Regierung würde die Macht gehabt haben, das gegenrevolutionäre Militär aufzulösen. Mit der Forderung der sozialistischen Regierung, daß sie ausdrücklich betont, geben wir keineswegs unser Endziel preis.

Der Kampf des Proletariats hat die Macht und das Nachbewußtsein der Arbeiterklasse gewaltig gestärkt. Aber die Gegenrevolution ist noch nicht tot. Wir werden unsere ganze Aufmerksamkeit auf jede ihrer Bewegungen richten und jede Maßnahme unterstützen, die ernstlich die Umwidmung der bewaffneten Macht zum Ziele hat. Unser Vertrauen können wir der Regierung nicht schenken, sondern werden ihr stets mit dem erbitterten Vertrauen begegnen. Wir führen den Klassenkampf weiter, ohne uns darin beirren zu lassen. Wieder mit dem Kapitalismus! Es lebe der Sozialismus! (Weißfall b. d. Unabh.)

Das Vertrauensvotum wurde von den sozialistischen Parteien angenommen. Dann wurde über den Antrag verhandelt, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Hg. a. Kessel zu erteilen, der sich unter dem Namen des Oberpräsidenten für Oberpräsidenten etabliert hatte. Die Reichsparteien sprachen sich entgegen ihren Gepflogenheiten unseren Genossen gegenüber, gegen den Antrag aus.

Unseren gleichfalls ablehnenden Standpunkt begründete Genosse Kessel: Wie wir zu Kapp und seinen Helfershelfern stehen, hat Ihnen eben mein Parteifreund Rosenfeld dargelegt. Damit ist auch das Urteil über Herrn a. Kessel gefällt. Da sich dieser Herr auf den Standpunkt gestellt hat, daß Kapps Auflösung der Landesversammlung zu Recht bestand, ist es eine Peinlichkeit von ihm, sich jetzt hinter die Immunität zu verstecken. Dennoch, so sehr wir natürlich das Unternehmen verurteilen, können wir doch dem Antrag nicht zustimmen. Das geschieht keineswegs, um uns schuldig vor Kessel zu stellen, sondern weil wir stets grundsätzlich gegen jede Durchbrechung des Immunitätsprinzips gewesen sind. Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie gefährlich es ist, in politisch erregten Zeiten von wichtigen Grundfragen abzuweichen. Was hat man nicht schon alles unter dem Begriff Hochverrat gebracht. Freilich, die Herren, die heute gegen den Antrag gesprochen haben, sind z. B. im Falle des von der Sozialisten gemordeten Karl Liebknecht für Aushebung der Immunität eingetreten. Wie wir damals diese Willkür verurteilten, so können wir jetzt keine Ausnahme zulassen, weil es sich um einen politisch andersdenkenden handelt. Herr a. Kessel wird seiner Strafe nicht entgehen.

Hg. Siering (Soz.) vertrat den auch von Kessel am 19. Dezember in der Nationalversammlung angenommenen Standpunkt, daß derjenige keine Immunität habe, der mit Gewalt gegen die jetzige Verfassung antrampelt.

Rudolf im Genosse Wolf Dammann nochmals unsere grundsätzliche Auffassung entwickelt habe, einschließlich der Koalitionsparteien, daß die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen sei, und schließlich wurde nach längerer Ausführungen des Herrn die Vorlage betreffend Heberführung der Eisenbahnen auf das Reich dem Ausschuss überwiesen. Dann vertagte sich das Haus auf vier Wochen.

Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins.

Gestern nachmittag fand die Fortsetzung der Generalversammlung der Delegierten der Betriebsräte in der Wohnungsbauerei statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende Maßbald die Erklärung ab, daß einige bürgerliche Wähler sowie auch der „Vorwärts“ von der lokalen Auflösung der Berichterstatter einen sehr schlechten Gebrauch gemacht haben. Die „Deutsche Tageszeitung“ sowie auch der „Vorwärts“ stellen in dem Bericht über die gestrige Vollversammlung die Sache so dar als wenn die Betriebsräte-Versammlung unter Billigung der Zeitung sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß nur der Generallstreik zu proklamieren, sondern auch sofort Sabotageakte zu verüben. Maßbald ersuchte ausdrücklich die anwesenden Vertreter der Presse, davon Kenntnis zu nehmen, daß in der gestrigen Versammlung der Minister Wegmann sowie auch er als Vorsitzender eine diebezügliche Entgegnung eines Diskussionsredners gerügt und zu rückgewiesen habe.

Den Bericht zu der gegenwärtigen Lage gab nunmehr der Genosse Dammann. Er führte aus, daß die Frage, die uns gegenwärtig alle leidenschaftlich bewegt, die ist: wie helfen wir unseren Klassen Genossen in Ruhrgebiet? Die Entscheidungen, die zu dieser Frage von dieser Körperschaft gefällt werden müssen, müssen von dem Bewußtsein der vollen Verantwortung jedes einzelnen Delegierten getragen sein. Die gegenwärtige Situation ist die, daß ein Verdrängen der Reichswehrtruppen in das Ruhrgebiet nach den Bestrebungen nicht stattgefunden hat. Wenigstens bestätigte dies bei den heutigen Verhandlungen nicht nur die Regierung, sondern auch die anwesenden Vertreter des Zentralrats Essen. Damit steht für den Augenblick eine akute Gefahr, daß die Arbeiterklasse Rheinland-Westfalens niedergeworfen werden soll, nicht vor. Ich bin mir zwar darüber völlig klar, daß wir unter allen Umständen nach jeder Richtung hin nachsichtlos sein müssen, ganz besonders aber in es notwendig, daß wir mit unseren Freunden in Rheinland-Westfalen bei den Entscheidungen über eventuell bevorstehende Aktionen Hand in Hand gehen müssen. Gegenwärtig liegen die Dinge so, daß durch die getroffenen Verhandlungen in einer befriedigenden Weise auf dem Verhandlungswege eine Verständigung

erzielt werden kann. Das Berliner Proletariat muß aus diesem Grunde eine abwartende Haltung einnehmen. Trotzdem wir den Bisherigen Abmachungen misstrauisch gegenüberstehen, müssen wir doch abwarten, wie die Durchführung des Abkommens vor sich gehen wird. Unsere Pflicht als Vertreter des Berliner Proletariats ist es, die Arbeiterklasse Berlin, und darüber hinaus im Reich, bereit zu halten, um im gegebenen Moment, falls unsere Klassen Genossen im Ruhrgebiet unsere Hilfe brauchen, in wirkungsvoller geschlossener Front in Aktion zu treten. Das heißt, was in den Betrieben und in den Gewerkschaften zu tun ist, ist die Stellungnahme zu den von der Regierung angebotenen neuen Punkten. Die Sozialistische Kampfbewegung darf nicht abgebrochen werden, ehe alle Forderungen dieser Abmachungen durchgedrückt sind.

In der Diskussion stellte sich das Mitglied des Aktionsausschusses Walter auf den Worten des Dammannigen Minister. Er betonte, daß nach den Erklärungen der Regierung und den Mitteilungen, die die Mitglieder des Essener Zentralrats abgegeben haben, eine gewisse Herabsetzung in der Situation eingetreten sei. Wenn wir gestern nicht den Generallstreik beschlossen haben, so nicht aus Mangel an Willen, sondern um in dem Augenblick mit voller Macht in eine Aktion zu treten, wenn die Situation es erfordert. Diese Situation ist erst gegeben, wenn die Truppen im Ruhrgebiet zur Niederwerfung des kämpfenden Proletariats weiter vordringen sollten.

In der weiteren Diskussion sprachen sich einige Delegierte für die sofortige Proklamierung des Generallstreiks aus, andere dagegen. Die Fraktion der Betriebsräte der R. V. D. G. G. O. W. Berlin legte eine Erklärung vor, nach der sie es bedauerlich finde, daß die Kolonnenabteilung nicht bereits gestern den Generallstreik proklamiert hat. Sie geben daraus den Schluß, daß die Generalversammlung zu ihren eigenen Forderungen zu stehen nicht entschlossen ist. Die Fraktion protestiert dagegen und fordert die Berliner Arbeiterklasse auf, die Forderungen, die ihren einmal angenommenen Standpunkt preisgeben, in sofortiger Neuwahl durch neue zu ersetzen. Die der Zentrale angeschlossenen Kommunisten stehen dieser Erklärung fern. Sie stehen auf dem dem Dammann und Walter angenommenen Standpunkt.

Nachdem Dammann in seinem Schlusswort auf die einzelnen gestellten Fragen ausführlich eingegangen war, und nochmals den prinzipiellen Standpunkt des Aktionsausschusses dargelegt hatte, empfahl er im Namen des Aktionsausschusses folgende Entschliessung zur Annahme:

„Die Generalversammlung der Betriebsräte Groß-Berlin verpflichtet sich, angesichts der noch bestehenden drohenden Gefahr, die Arbeiterklasse in künftiger Kampfbewegung in Gefahr zu halten. Sie beauftragt den Aktionsausschuss, alles zu tun, um die Verbindung mit den Klassen Genossen in Rheinland-Westfalen und allen anderen Industriebezirken aufrecht zu erhalten, um im gegebenen Fall einen einheitlichen Kampf auf der ganzen Linie zu führen. Der Aktionsausschuss wird beauftragt, sobald die Situation sich ändert, die Generalversammlung der Betriebsräte einzuberufen.“

Diese Entschliessung wurde einstimmig angenommen.

Die Verhandlungen mit der Regierung.

Die Berliner Gewerkschaftskommission über die Lage im Ruhrrevier.

Das Plenum der Berliner Gewerkschaftskommission beschäftigte sich gestern mit der Lage im Ruhrrevier.

Genosse Risch gab einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen der am Generallstreik beteiligten Parteien und Organisationen mit der Regierung, die die bekannte neuerliche Regierungserklärung zeitigten. Sie gaben den verammelten Körperschaften Gelegenheit, zwei Kommissionen zu bilden, von denen die eine mit der Regierungserklärung ins Ruhrrevier fuhr, während die andere Kommission am Mittwoch erneut mit der Regierung in Verhandlung trat, um die Regierungserklärung genauer zu präzisieren. Gefordert wurde, daß unter dem Begriff „Aufrechter“ nur die Demagisten fallen, die sich den Vorschriften des Zentralrats in Essen nicht fügen, daß der Einmarsch nicht statifindet, daß keine Stand- und Kriegsgesetze erlassen werden, gemeinsame Vertreter vor ordentliche Gerichte kommen und daß General Walter abberufen wird. Nach Erfüllung dieser Forderungen soll den Genossen im Ruhrrevier die Anerkennung des Völkereides empfohlen werden. Der Delegierter erklärte, daß eine Gewährung der Arbeiter nicht vorzuziehen sei, es soll durchwegs sofort vorgegangen werden, die Lebensmitteltransporte bedürfen jedoch der Sicherung. Die Frist wurde um mehr als 48 Stunden verlängert. In der Präzisierung des Wortes „Aufrechter“ kam eine Einigung dahingehend zustande, daß Arbeiter, die nach dem Völkereid abkommen handeln, nicht als Aufrechter betrachtet werden, sondern nur diejenigen, die nach dem 2. April, mittags 12 Uhr die Waffen nicht niedergelegt haben, sondern gegen die Truppen der Regierung kämpfen. In der Frage der Standgerichte wurde zugesagt, daß in den Orten und Bezirken, in denen die Waffen niedergelegt werden, keine Standgerichte errichtet, bestehende aber sofort aufgehoben werden. Wegen der geforderten Abänderung des Generals Walter erklärte die Regierung, daß er, wenn belastendes Material vorliege, genau so behandelt würde, wie Lüthig und andere Generale, die gegen die Verfassung gearbeitet hätten. Die an den Verhandlungen beteiligten Parteien und Organisationen haben auf dem Standpunkt, daß diese Forderungen zur Beseitigung der Lage beitragen könnten. Bedenklich erachtete, daß die Regierung nicht fähig erklärt habe, daß die Truppen nicht einmarschieren. Es ist zu befürchten, daß es trotz aller Versicherungen zu trübseligen Zusammenstößen kommt, wenn das Militär einmarschiert.

Der Regierung müsse mit allem Nachdruck nochmals gesagt werden, daß sie unbedingt dafür zu sorgen hat, daß das Militär nicht gegen Arbeiter vorgeht.

Genosse Schumacher führte in der anschließenden Aussprache aus, daß bei allen Verhandlungen mit der Regierung sich bei ihr das Bestreben geltend gemacht habe, sich über das Einmarschieren der Truppen volle Handlungsfreiheit zu bewahren. Eine friedliche Lösung sei nur möglich, wenn die Regierung erkläre, daß die Truppen nicht einmarschieren.

Genosse Franke war der Meinung, daß wenn die Regierung die Truppen marschieren lasse, der Widerstand wäre, daß für die Regierung der Wille der Generale und nicht der der Arbeiter maßgebend sei.

Nachdem einige Redner gefordert hatten, daß man sich nicht auf papierernen Hoffnungen begnügen dürfe, ergriff Genosse Risch nochmals das Wort und führte aus, daß es bei einem Einmarsch schwer zu Zusammenstößen käme, weil Elemente vorhanden seien, die sich seiner Partei, auch nicht der kommunistischen fügen würden. Untere eigenen Parteigenossen in Tagen hätten beschlossen mit Waffen gegen diese Vandalen vorzugehen, um einen Einmarsch der Truppen zu verhindern. Die Arbeiterklasse Deutschlands müsse vorläufig eine abwartende Stellung einnehmen. Neben tendenziösen Nachrichten des „Mittagsblattes“ habe das Telegramm der Berliner revolutionären Vertreter die Verhandlungen mit der Regierung besonders kritisiert. Die Lage wurde verhängnisvoll, das Telegramm sei ungenügend, wenn man die Wirkungen in Betracht ziehe. Eine Höflichkeit, die für die Partei und Gewerkschaft keine Verantwortung übernehmen könnte, könne nicht in die Welt telegraphieren. Die Berliner Arbeiterklasse sei bereit. Der Generallstreik sei ein unauflösliches Schwert und würde von Ruhen mit Verant-

wortungsgewalt nur als letztes Mittel bei Verzweiflungsmomenten des Proletariats benutzt.

Genosse Fritz Schmidt teilte mit, daß Seering als Besonneson dafür sei, daß als erste Maßnahme die Einwohnern der Ruhrgebiet polizeilich verlagert werden müsse.

Nachstehende Resolution wurde nach weiterer Aussprache einstimmig beschlossen:

„Die am 31. 3. tagende Plenarsitzung der Berliner Gewerkschaftskommission fordert mit allem Nachdruck eine friedliche Lösung der Streitigkeiten im Ruhrgebiet. Am alle Komplikationen, die das Wirtschaftsleben Deutschlands völlig paralysieren, zu verhindern ist es notwendig, daß der Truppen einmarsch unterbleibt.“

Des weitern fordern die Vertreter der Gewerkschaften die sofortige Entlassung der Brigade Ehrhardt und die sofortige Aufstellung von Arbeiterwehren, sowie Erstellung von Kommissionen an die von den Gewerkschaften eingesetzte Kommission.

Die Gewerkschaften werden verpflichtet, Eisen anverlässiger organisierter Arbeiter, die bereit sind, den Sicherheitsdienst zu versehen, zur Verfügung zu stellen.“

Die Bezahlung der Generallstreiklage.

Nach Beendigung des durch den Generallstreik hervorgerufenen allgemeinen Generallstreiks ist zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern ein Streit entstanden, wer die Kosten dieses Streikkampfes zu tragen hat. Sehr viele Unternehmer weigern sich der Forderung der Arbeiter nachzugeben und für die Streiklage den Lohn zu zahlen. Abgesehen von der alten Gewohnheit der Unternehmer, sich jeden Streik erst nach langem Prüffeln und Handeln — aber auch durch Anwendung schärferer Mittel abzuwenden zu lassen, werden alle wackeren Gründe herangezogen mit denen die Nichtbezahlung der Streiklage motiviert wird.

In einer kleinen Angelegenheit, deren Ursprung nicht ermittelbar ist, da weder der Verfasser, Herausgeber oder Drucker angegeben sind, werden verschiedene scharfe Gründe zusammengepackt. Aus „allgemeinen sozialbürgerlichen Erwägungen“ heraus wäre es unangebracht, wenn durch die Bezahlung der Streiklage die Arbeiterklasse bevorzugt und die Bevölkerungslage der Arbeitgeber allein die Kosten zu tragen hätte. Von Arbeitnehmern standpunkt“ aus sei die Bezahlung der Streiklage unannehmlich denn wenn der Arbeiter aus sozialen Gründen streike, so dürfe er sich diese Ideale nicht begahnen lassen. Von Arbeitgeberstandpunkt“ aus sei es gefährlich, die Streiklage zu bezahlen, denn es werde dadurch ein Präzedenzfall geschaffen, der unabwehrbar Konsequenzen nach sich ziehen würde; bei jedem politischen Streik würde die Frage zu prüfen sein, ob dieser Streik im allgemeinen Interesse berechtigt war oder nicht.

Und will scheinen, daß hier noch viel Worte gemacht worden sind, um sich um etwas Selbstverständliches herumzudrehen. Und um eine Selbstverständlichkeit handelt es sich bei der Bezahlung dieser Streiklage. Der Generallstreik vom 13. März ist nicht nur im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, sondern auch im allgemeinen sozialistischen Interesse geschehen. Hätte dieser Streik nicht stattgefunden, dann wären wir jetzt mitten in einem neuen Streik, worin das ganze Wirtschaftsleben von neuem gerüttelt worden wäre. Das Unternehmertum, das jetzt schon eine ganze Heilung fast unannehmliches zwingende Meinung gemacht hat, hätte dadurch ungewissheit umschwebende Verluste zu erleiden. Mit dieser Ansicht stehen wir nicht allein da, sondern fast genau dasselbe wird im „Berliner Tageblatt“ (Nr. 143 vom 27. März) ausgesprochen. Dort führt Dr. Felix Pinner in einem Artikel „Regierungserklärung über Völkereid“ u. a. folgende aus:

„Der Generallstreik entwirft einem unübersehbaren Impuls des demokratischen Deutschland, und jede demokratisch firmierende Partei, die sich ihm widersetzt hätte, wäre dabei hinfällig unter die Absterbe gekommen. Aber abgesehen von psychologischen Standpunkten, war der Generallstreik auch sachlich unbedingt notwendig, und zwar nicht nur im politischen, sondern auch im wirtschaftlichen Sinne. Denn ohne ihn wäre es entweder gar nicht oder doch erst nach viel längerer Zeit gelungen, das Kapp-Unternehmen zum Scheitern zu bringen. Die Unfähigkeit hätte sich lösend über das ganze Wirtschaftsleben gebreitet, die Kämpfe wären viel langsamer und schwerer geworden, der Kredit Deutschlands und jede Industriezweig im Ausland wären tollends ruiniert worden. Der Handel mit dem Ausland wäre zum Stillstand gekommen, die Gefahr der Festlegung des Reiches und die Wahrscheinlichkeit anheftigster Konflikte mit jedem Lande gewachsen. Arbeitel wäre vielfach in Deutschland worden, aber geschloffen wäre auf lange Zeit nicht.“

Dies wird der Lauf der Dinge, der gekommen wäre, wenn die Gewerkschaften gefügt hätte, mit fieberndem Willen. Und jetzt Unternehmernverhältnisse haben deshalb den Generallstreik sanktioniert und ihren Mitgliedern die Bezahlung der Streiklage empfohlen. In einem Antrag der Reichsarbeiterräte der Chemie vom 18. März heißt es: „Die in der Reichsarbeiterräte der Chemie vertretene Arbeitgeber haben sich unbedingt und ohne jede Einschränkung mit der Arbeiterklasse in der Abwehr des gegen die soziale und wirtschaftliche Ordnung gerichteten Vorstoßes solidarisch erklärt.“ Und am 24. März hat dann die Reichsarbeiterräte der Chemie beschlossen, den Arbeitnehmern zu empfehlen, folgerichtig die Streiklage so lange zu bezahlen, als der Generallstreik zur Abwehr des Vorstoßes nötig war.“ Einen ähnlichen Beschluß hat auch die Norddeutsche Arbeitsgemeinschaft der Textilindustrie gefasst.

Andere Arbeitgeberorganisationen, darunter natürlich auch der Verband der Berliner Metallindustriellen, nehmen selber einen entgegenstehenden Standpunkt ein; der genannte Verband bekommt es seine sozialistischen Traditionen gemäß sogar fertig, seine Mitglieder aufzufordern, den Arbeitnehmern keinerlei Vorschüsse zu gewähren. Das fällt ganz danach aus, als ob diese Herren, an der Spitze Herr Ernst von Boritz, auch diesen Generallstreik verdammern, weil ihnen vielleicht eine Regierung Kapp-Putsch rechnerisch gesehen wäre als sehr andern.

Ganz besonders starkmühsam gefürchtet sich aber die Vereinigten Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie. In einem Plakat, geschrieben Dr. Reiner, wird in Anschuldigung an das Vorgehen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gefordert, daß die Streiklage nicht bezahlt werden. Wir bedauern aus heute auf diese Forderung und werden auf das geradezu klassische Dokument noch zurückkommen.

Nicht ganz so scharf, aber in ihrer Wirkung doch auf das gleiche hinauslaufend, ist die ablehnende Haltung des Reichsverbandes der Pelzwarenbranche. Die Regierung ist fast dieselbe wie die in dem schon erwähnten Plakat. Interessant ist aber, was man in diesen Kundgebungen über die Stellung des Arbeitseinsatzes erfahren. Bekanntlich wurde der Arbeitseinsatz durch den Unternehmern die Bezahlung der Streiklage empfohlen, aus dem Grund: er ist über den von einer Unternehmung, die Vertreter der Industrie am 20. März im Reichsarbeiterräte beschlossen haben. Darüber ist es

Der Minister hat selbst an sich die Berechtigung des...
Unternehmer werden sich legen, wenn der Minister, ein Sozial-
demokrat und selbst aus dem Arbeiterstand hervorgegangen, un-
seren Standpunkt teilt, warum sollen wir denn nicht daran fest-
halten.
Wir fürchten nur, daß sich aus diesem abnehmenden Behalten
den der Unternehmer heraus ein neuer Konfliktstoff bildet. Wir
hätten geglaubt, daß die Unternehmer allgemein einseitiger sind,
als der Arbeitsminister Schöde. Eine Verständigung über die
Basis der Streitfrage, die zu begehren sind, würde sich gewiß über-
all erzielen lassen. Die Arbeiter wollen nur nicht ganz allein
den Schaden tragen, und das ist verständlich, nur der Kampf ist
nicht zuletzt auch im Interesse der Gesundheit unseres Wirtschafts-
lebens, wozu doch die Unternehmer ebenfalls interessiert sind, ge-
führt wurde.
Wir empfinden allen Arbeitern und Angestellten, wenn ihnen
die Streitfrage nicht gelöst werden, den Lohn unter Vorbehalt
anzunehmen und den Schlichtungsausschuss anzurufen. Wir hoffen,
daß dort eine vernünftige Auffassung von der Sache vor-
handen ist als bei einzelnen Unternehmern, und daß den Arbeit-
nehmern dort das ausgesprochen wird, worauf sie Anspruch haben.

Gewerkschaftliches.

Die Angestellten und der Generallstreik.

Die am Dienstag tagende Delegierten-Versammlung der
Berliner Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten nahm
einleitend einen Bericht der Reue-Kommission entgegen, den
H. K. K. erbatte. Er fasst vor, die geordnete Weiterführung,
und den Vorschlag für das neue Geschäftsjahr zu bewilligen,
obwohl die Weiterführung nicht mehr der Zeit entspricht. Die
Reue-Kommission der inneren Ortsverwaltung könne nur langsam
vor sich gehen, schon weil die Kündigungstriften der Angestellten
eingehalten werden müsse. Der Redner empfahl, die Reue-Kom-
mission zu leantagen, im Verein mit der Ortsverwaltung die
notwendige Reorganisation vorzunehmen.
Dem Bericht schloß sich eine längere Debatte an, in der an
dem organisatorischen Aufbau der Ortsverwaltung Kritik
geübt wurde. Schließlich wurde den Vorstößen der Reue-Kom-
mission entsprochen. Sie wurde durch Beschluß beauftragt, an der
Reorganisation mitzuarbeiten. In der Angelegenheit Kopp e soll
das etwa vorliegende Material bis 10. April der Reue-Kom-
mission angestellt werden. Der Richtbefehlungsbeschluss wurde auf-
gehoben.
Vortrat wurde die vom Statut geforderte Revisionskom-
mission gewählt.
Nach Erledigung dieses Punktes ergriff Genosse Frey
Schmidt das Wort zu einem ausführlichen Bericht über den
Generallstreik. Er schilderte die einzelnen Phasen des Kampfes und
der Verhandlungen und kam zu dem Schluss, daß die Angestellten-
schaft, der Zentralverband und die Aja vollumfänglich ihre Pflicht getan
hätten und auch weiter tun würden.
Dem Redner schloß sich eine eingehende Aussprache an, in
der K. K. sich gegen die Diskussion über verschiedene Pün-
kte wandte, die sich in dem Glauben wiegen, mit den Veran-
lassungen alles erledigt zu haben. Beschlossen wurde folgende
Resolution:
„Die Delegiertenversammlung erklärt, daß durch die poli-
tische und militärische Lage eine erhöhte Aufmerksamkeit an
Platz ist, und die Angestellten sich bereit halten müssen, um für
den Fall eines Verstoßes gegen die Abmachungen die der Allge-
meine Deutsche Gewerkschaftsbund und die übrigen beteiligten
Organisationen mit der Regierung getroffen haben, sofort die
energischsten Abwehrmaßnahmen ergreifen zu können. Jeder Ver-
stoß der Arbeiter durch das gegenrevolutionäre Militär nieder-
zuschlagen, wird den Kampf auf der ganzen Linie auslösen.“

Der Reichsarbeitsgerichtsbescheid im Bankgewerbe abgelehnt.

Der am 1. März gefällte Bescheid über die Regelung der
Lohnverhältnisse im Bankgewerbe ist, wie uns von zuständiger
Stelle mitgeteilt wird, sowohl durch den Reichsverband der deut-
schen Bankleitungen als auch durch den Allgemeinen Verband der
deutschen Bankbeamten abgelehnt worden. Der Deutsche Bank-
beamtenverein dagegen hat seine Zustimmung zu dem Bescheid ge-
geben. Für die ablehnende Haltung des Bankangestelltenverbandes
war die Tatsache maßgebend, daß die Einkommensgröße beson-
ders im Vergleich zu der Beamtenbesoldungsform sowie die
Besetzung der Stellen als Lohnempfänger als unzulässig angesehen
wurden. Auch die Klassifizierung der Angestellten und die Orts-
einteilung wird vom Angestelltenverband als ungerichtet abge-
lehnt. Schließlich wird das Mitbestimmungsrecht in der Form,
wie es auf dem letzten großen Streik im Bankgewerbe her-
vorgegangen ist, als Mindestforderung aufgestellt.
Der Reichsverband der Bankleitungen gibt für seine ab-
lehrende Haltung als Grund an, daß er sich mit dem Prinzip
der veränderlichen Zulagen sowie mit dem Mitbestimmungsrecht
nicht zufriedensehen könne. Die Vorgänge, die der Allgemeine
Verband der Bankbeamten für seine ablehnende Haltung gibt,
läßt die Möglichkeit erneuter Verhandlungen, durch die das
Bankgewerbe vor schweren Erschütterungen bewahrt bleibt, offen.

Lohnbewegung in der Stuhl- und Gipsfabrikation.

Eine gutbesuchte Versammlung der Stuhl- und Gipsfabri-
kanten beschloß sich mit der Frage: Wie denken wir unsere
Forderungen zur Durchföhrung zu bringen. Der Sektionsleiter be-
wies die fortwährenden Lebensmittelpreiserhöhungen und hob her-
vor, daß auch die Löhne in derselben Weise steigen müßten. Ferner
müßte auch die Arbeitsfrage tariflich geregelt werden, ebenso
die Arbeitsfrage. Desgleichen sei eine Entschädigung für Ab-
nutzung des Werkzeuges angebracht, denn dieses sei um das zehn-
fache teurer als früher. Dasselbe bestehe auch bei Hosen und
Hemden zu. Ganz besonders gma der Redner auf den paritätischen
Arbeitsnachweis ein. Nachdem der Redner dann noch den
langsamten Gang der Verhandlungen, der von den Unternehmern
verhindert sei, geschildert hatte, wurde eine Resolution ein-
stimmig angenommen, in der das Verhalten der Unternehmer ge-
tadelte und die Selbstentlastung aufgeföhrt wurde, voll und ganz
für die Kollaboration einzutreten.
Gleichzeitig wurde folgender Antrag angenommen: „Sollte
bis zum 6. April der Kampf nicht zum Abschluß kommen, soll eine
am Dienstag, den 6. April, vormittags, stattfindende Versamm-
lung über Arbeitsüberlegung beschloßen.“
Diese Versammlung findet am dritten Feiertag, vormittags
9 1/2 Uhr, am Gewerkschaftshaus statt.

In der Generalkonferenz der Textilarbeiter am 20. d. M.
wurden die Forderungen der Arbeiter als Kurzarbeiter geltend ge-
macht. Stuhl berichtet, daß der Norddeutsche Textilarbeiter-
verband für den Groß-Berliner Bezirk die Vergütung der
ersten sechs Tage des Generallstreiks bewilligt hat. Es sollen die
beruflichen Löhne plus Kurzarbeiterzulagen gezahlt werden und
Pensionswörter werden des Generallstreiks nicht stattfinden dürfen.

gefordert war die Bezahlung von acht Streiktagen. Die Arbeit-
geber stimmten auch dazu zu, daß die Kurzarbeiterzulagen für März
auch für April nach dem weitzugelassen werden sollen, wenn die
Regelung der neuen Tariffrage bis April noch nicht erfolgt ist.
Von der Versammlung wurde der all. und auch der Entwurf
zum neuen Tarifvertrag auf das schärfste beurteilt, namentlich
wurde die schlechte Regelung der Arbeitsfrage auf das tiefste
beurteilt. Die Schuld hieran trägt die Zentralkommission für die
deutsche Textilindustrie. Es wäre weit richtiger, wenn die
Arbeitsfrage ebenso wie die Lohnfrage nicht getrennt, sondern
ganzheitlich geregelt würde, es könnte hierdurch die großen Schwierig-
keiten vermieden werden.

Die Arbeiter nahmen in einer außerordentlichen Mitglieder-
versammlung den Bericht des Jahrelendberichts des Komitee
entgegen. Nach den Verhandlungen mit den Unternehmern hat
sich die Verhandlungskommission folgende Lohnabmachungen zu-
eigen gem. Es werden mit rückwirkender Kraft ab 1. März
1920 ein Stundenlohn von 5 Mark gezahlt resp. 350 Proz. Kurzar-
beiterzulage auf die Alltagslohn des Lohnarbeits. Ab 15. März
werden 6.50 M. resp. 300 Proz., ab 1. April 1920 8 Mark resp.
400 Proz. und ab 1. Mai 8.50 M. resp. 475 Proz. Kurzarbeiter-
zulage gezahlt. Der Tag des Beginns der in Arbeit genommenen
Einkäufe ist für die Bezahlung maßgebend. Die stündliche Ar-
beitszeit wird beibehalten. Die Versammlung stimmte diesen Ab-
machungen zu und sind diese bis auf weiteres für die Arbeiter
bindend.

Ein Lohnkampf im Feinspinnereigewerbe Groß-Berlin wird durch
das Verhalten des Interessentenverbandes der Arbeitgeber heraus-
gefordert. Von der Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit
wollen die Herren immer noch nichts wissen und von der Ein-
führung der Sonntagruhe erst recht nichts. Die Lohnforderungen
aber von 160 M. für Herrenarbeiter und 170 M. für Damen-
arbeiter erkennen den Herren detail imphoverlich, daß sie auf
dieser Grundlage nicht einmal verhandeln wollen und andere
Vor schläge fordern. Da auch ihnen bekannt ist, daß es für Ver-
handlungen gundst überhaupt nicht darauf ankommt ab 10 M.
mehr oder weniger geföhrt oder geboten worden, zeigt sich
neben der Ablehnung gegen anständige Arbeitsbedingungen an
sich, nur allen denfalls die Macht der Verklebung. Doch die
organisierten Feinspinnerinnen keine Zeit haben, noch länger in
der Weise mit sich umspringen zu lassen wie es den Schwei-
modern im Interesseverstande beliebt, dürfte demnach begrei-
flich sein. Eine Versammlung am Donnerstagabend in den
Sophten, Sockenstr. 17/18, wird sich mit der Sachlage be-
schäftigen. Das Publikum dürfte die ersehnten Besche nicht ohne
Begriffen, bis ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen ist.

Groß-Berlin.

50 Pfennig für eine Fahrt.

Es ist so gekommen, wie wir angekündet haben. Die
Prozederbandversammlung hat gestern dem Antrage zuge-
stimmt, den Straßenbahntarif auf 50 Pfennig für eine
Fahrt zu erhöhen. Es wurde folgender Antrag einstimmig
angenommen: Die Versammlung bewilligt einen Einheits-
tarif von 50 Pf. für die Zeit vom 1. April bis 31. Mai.
Die Versammlung erlaubt die Direktion der Großen-Berliner
Straßenbahnen bis zum 15. Mai Vorschläge für die
eventuelle Möglichkeit eines Staffeltarifes zu unterbreiten.
Ferner wurde beschlossen, die Direktion zu ersuchen, darüber
zu beraten, wie die Strompreise für die Großen-Berliner
Straßenbahnen zu ermäßigen sind. Außerdem wurde be-
schlossen, der Direktion anheimzustellen, die Gültigkeit der
Märzmonatskarten zu verlängern oder den Abonnenten den
Ausfall der Fahrten während der Streiftage zu verg. en.
Herr Haberland äußerte sein Unbehagen darüber, daß
die Direktion die Streiftage den Angestellten bezahlen will,
als ob das nicht eine Selbstverständlichkeit wäre.
Dann kam Herr Haberland mit seinem alten Antrage
für Nachtfahrten einen erhöhten Tarif zu nehmen. Diese
Anregung soll erwogen werden. In Großen-Berlin dürfte in
eine Durchführung nicht gedacht werden, sonst würde nicht
zuletzt das Gewerkschafts- und Versammlungswesen beson-
ders beeinträchtigt werden.

Die Beerdigung von 12 Opfern der Märzfrage

findet am Sonnabend, den 3. April, vormittags 11 Uhr, auf
dem Friedhof in Friedrichsfelde statt. Die Zahl der Opfer
ist erheblich größer, es sind aber bereits eine ganze Anzahl
Beerdigungen erfolgt. Die Feier findet pünktlich statt.

Trauerfeier für unseren Genossen Futran.

Am 29. März fand im Akademierium zu Treptow-Daum-
schulweg die Trauerfeier für unseren Genossen Alexander
Futran statt. Es war eine imposante Trauerfeier, die sich
als sich zum Ausdruck brachte, um unseren unerschütterlichen
Freund die letzte Ehre zu erweisen. Korbbuben, frische Banditen,
haben einen reichen Idealen das Leben geteilt. Was werden
im Geste und im Sinne unseres Futran weiter wirken. Wunder-
volle Stützenden, darunter von der Ortsgruppe Köpenick der
U. S. V. D., der Arbeitervereine-Reaktion, dem Kurier-Erweiter
Programm, der Freireligiösen Gemeinde Ortsgruppe Köpenick,
der freien sozialistischen Jugend, und viele andere bedien den
Sarg des Verstorbenen. Vertreter aus allen Orten der Um-
gebung, ebenso sehr zahlreiche persönliche Freunde unseres Futran
waren erschienen. Der Vorberer Treptow-Daumschulweg
war offiziell mit Bannern anwesend. Goldene Worte waren es,
die Dr. Krieger im Namen der „Freireligiösen Gemeinde“
sprach. Ferner sprachen noch Vertreter der Köpenicker Ortsgruppe,
der freien Jugend, der Arbeiterorganisation Keltow-Woodrow;
Gen. Adolf Hoffmann sprach im Auftrage des Vorstandes
der Freireligiösen Gemeinde, Lehmann-Ruhbalt für den
Vand neues Vaterland. Der Gesangsverein „Freiheit“ eröffnete
die Trauerfeier mit dem Volkstied „Ein Sohn des Volkes“. Zum
Schluß brachte ein herrliches Männerquartett noch ein Trauer-
lied zu Gehör.
Alles in allem, es war eine würdige Feier, getragen von dem
festen Willen im Sinne eines edlen Menschen, der als wirklicher
Sozialist gelebt und auch für seine reinen Ideale in den Tod ge-
gangen, weiter zu wirken. Es lebe die Freiheit! Es lebe der
internationale Sozialismus!

Die Beerdigung der Köpenicker Ständerechtsopfer.

Am Sonnabend, den 27. März, geleitete das Proletariat
Köpenicks die am 21. März handrechtlich gemordeten Revolutions-
kämpfer Wilhelm Diers, Wilhelm Gräbe, Fritz
Regel und Edwin zu Grabe.
Bange vor Beginn der Trauerfeier, die auf dem Wilhelm-
platz abgehalten wurde, war der Platz von vielen tausenden
Trauernden gefüllt. Eine große Zahl von Arbeiterordnern regelte
die Aufstellung des Trauerzuges und den Abmarsch derselben,
der sich in größter Ordnung vollzog. In Ohren der Gefallenen
herrschte ein beherrschende Anordnung eine fünfständiges Arbeits-
ruhe. Alle Schritte der Trauer zündten während der Zeit von
1 bis 6 Uhr nachmittags. Nachdem die vier Leichen, deren sterbliche
Hülle in vier schlichten schwarzen Holzsärgen gebettet, gemeinsam,
wie sie geföhrt, auf einem mit rotem Tuch und Trauerflor

bedeckten Rollwagen herangeföhrt waren, begann um 8 Uhr
die Trauerfeier. Die beiden Arbeiter-Gesangsvereine „Männer-
chor“ (U. S. V. D.) und „Freiheit“ (U. S. V. D.) eröffneten die
Feier mit dem Lied: „Wenn sich zwei Herzen scheiden.“
Genosse Kuntze vom Parteivorstand ergriff als erster das
Wort und widmete namens der U. S. V. D. dem Gemordeten
einen tiefempfindlichen Nachruf.
Nach ihm ergriff K. K. Charlottenburg (U. S. V. D.), das
Wort und ehrte in derselben Weise das Andenken der geföhlenen
Kameraden.
Nach erneuter Besetzung der Gesangsvereine setzte sich der
Trauerzug unter Vorantritt des Arbeiter-Musikvereins „Echo“ in
Bewegung, und ein großer Geföhrt schritt mit Bannern, Fahnen
und vielen Kränzen hinterher. Die Grabrede hielt Genosse Paul
Dusan. Nach einem erhabenen Arbeitergesang über die Gruf
der Kämpfer. „Ein Sohn des Volkes will ich sein und Weib!“
Ein letzter Gruß an die Toten und die Begräbnisfeier hatte ihr
Ende erreicht.

Helferhelfer der Reaktion.

Es ist kein Geheimnis, daß besonders im mittleren und
höheren Beamtenum die Reaktion noch eine ganze Armee von
Helferhelfern hat. Bei dem letzten Aufstand hat sich das ganz klar
erwiesen, wenn sich diese Beamten auch vorläufig noch eine mehr
oder weniger große Reserve aufbewahrt. Wir sind in der Lage,
den Beweis zu erbringen, daß auch der Präsident der Eisenbahn-
direktion Berlin, Herr Wulff, sich dazu hergegeben hat, im
Sinne der Regierung Kapp-Küchhoff auf seine untergebenen Be-
amten einzuwirken. In der Nacht vom 18. zum 17. März ließ
er in den Betriebsräumen der Eisenbahn folgenden Aufruf an-
bringen:

An alle Bediensteten!

Mit Rücksicht auf die durch die Einstellung des Betriebes
wachsende Not des Volkes, insbesondere die Schwierigkeiten in
Berlin, richte ich an alle Beamten und Arbeiter die dringende
Anforderung, den Betrieb in vollem Umfange wieder aufzu-
nehmen. Ich halte mich auch für verpflichtet, auf die heutige
Verordnung aufmerksam zu machen, nach der mit dem Tode
bestraft wird, wer lebenswichtige Betriebe löst. Nach einer
weiteren Bekanntmachung sind Eingangsverhandlungen zwis-
schen der alten und neuen Regierung im Gange. Die Hens-
schen Arbeit nicht für eine Partei, sondern für das Wohl
des Vaterlandes.

Der Präsident
gez. Wulff.

Was steht, der Inhalt dieser Aufforderung folgt ganz dem
Intentionen der Kapp und Küchhoff. Es ist eine Demoralisierung
der Verwaltung und Ausmerzung der rationalen Beamten ge-
fordert worden. Herr Präsident Wulff wäre so einet.

Neue Briefkastenküsten.

Mit dem 1. April 1920 treten die neuen Rahmenkästen
Ofenbrand, Gewerbe und Behörden in Kraft. Die Rahmenkästen
dürfen von diesem Tage ab Beamtenbesitzes nur an solche
Verbraucher abgegeben, die in eine dieser neuen Rahmenkästen bei-
tragen eingetragen sind. Dieses gilt auch für die bereits vor dem
1. April 1920 hergestellten, noch gültigen Rahmenkästen.
Zum gleichen Tage werden die Rahmenkästen 4, 14, 24, 34
des Stadtkarte zur Befreiung freigegeben. Besorgnis zu befeuern
sind die Rahmenkästen 8, 18, 28, 38, 48 bzw. 58 und 68 der Ofen- und
Stadtkarte sowie die Sonder- und Hofkästen. Mit Inkrafttreten
der neuen Ofenbrand-Rahmenkästen verfallen die Rahmenkästen des
ersten beiden Nummern der Hof- und Stadtkarte.

Juristische Sprechstunden finden von jetzt ab täglich
mit Ausnahme von Sonnabend in der Zeit von 1/2 bis
1/2 Uhr statt. Die Abkommensquittung ist vorzulegen.

Wiedereinstellung entlassener Sicherheitsbeamten. Auf Grund
von Verhandlungen des Vorstandes des Sicherheitsverbandes der
Sicherheitspolizei Deutschlands mit dem Ministerium des
Innern ist verfügt worden, daß sämtliche, anfänglich des Kapp-
Küchhoff'schen entlassene Beamte unverzüglich wieder einzustellen
sind. Die entlassenen Beamten wenden sich diesbezüglich sofort an
das Geschäftsbüro des Sicherheitsverbandes, Welle-Bloncke-
straße 8. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß am 7. 4. 20 eine Kom-
mission zusammentritt, an der gewählte Vertreter der Sicherheits-
polizei teilnehmen, die über die Reorganisation der Sicherheits-
polizei sowie über wirtschaftliche und dienstliche Fragen (Dienst-
ordnung, Beamtenausfälle, Beförderungen usw.) mit dem Mi-
nisterium des Innern beraten sollen.

Mitteilung der Großen-Berliner Arbeiterkassette. Achtung! Oder
bei russischen Fortschrittlerinnen. Der Unterricht kann heute
abend nicht stattfinden, weil der Vortrager dringend verhindert ist.
Der Berlin heimattreue Arbeiterklub veranstaltet am
Donnerstag, den 1. April, abends 8 Uhr, eine Großkundens-
versammlung in Wilmersdorf, Wilmersdorf-Schule, Wilmersdorf,
Ecke Gieseler Straße. Der Vortrag stellt sich wie am Mittwoch
wird, unter Ausschließung aller nationalsozialistischen Betreibungen,
die Aufgabe, allen stimmberechtigten Wählern die Verteilung
an der Abstimmung zu erleichtern. Die Vertretenden werden
deshalb ersucht, sich mit einer Legitimation zu versehen, denn zu
ihrer Beglaubigung sollen die erforderlichen beglaubigten Ein-
träge auf Aufnahme in die Wählerlisten gleich am Ort
und Stelle von einem amwesenden Beamten beglaubigt und an die
zuständige Amtskommission weitergegeben werden.
Bei der Jugendbewegung in Reuthaus sind ein Hausbesitzer und
ein Teil einer Damenbesitzer gefunden worden. Abgeholt im
Bureau, Redarstraße 2.

Lebensmittelfahender.

Wichtiges für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre in der Verkaufs-
stelle Calcestr. 2 am Donnerstag und Sonnabend 2 Pakete Zwieback,
2 Pakete Reis, 1 Büchle Nudeln, 1 Pfd. Gerstenmehl, 4 Pakete Milch-
pulver. Die Zusammenstellung zum Bezugs billiger Milch werden am
1. April in der Zeit von 9-5 Uhr im Lebensmittelamt ausgegeben.
Kostentafel. In dieser Woche werden die bereits angemeldeten Ab-
schnitte Nr. 7 der Großen-Berliner Lebensmittelkarte mit 125 Gr. Reis-
stücken, ferner die Abschnitte 8 mit 250 Gr. Hälftenfrüchte und die
Abschnitte 18 mit 500 Gr. Fruchtmarmelade beliefert. Die Hälften-
früchte und Marmelade werden ohne Voranmeldung der Abschnitte
ausgegeben. Preisbeschränkungen erhalten auf die Abschnitte 17 und 18
ihre Rahmstorte zusammen 2 Pfd. Baiserbonnen, auf die Ab-
schnitte 8 der Zwiebackkarte können 250 Gr. Zwieback entnommen
werden.
Zusatzkarte. Die Ausgabe der Gemeindefahender für die Verteil-
ungsperiode vom 1. bis 15. April 1920 erfolgt bis Sonnabend, den
3. April 1920. Zudem kommt am Donnerstag, den 1. April 1920, zur
Verteilung, Preis je Pfd. 1,44 M. ausgegeben werden; auf die
entsprechende Lebensmittelkarte Abschnitt 18 250 Gramm Baiserbonnen,
Pfd. 0,70 M., Abschnitt 14 250 Gramm Marmelade, Pfd. 2,70 M.,
Abschnitt 15 250 Gramm Anthonis, Pfd. 2,70 M.; auf die reze-
ptionsfähige Lebensmittelkarte Abschnitt 4 500 Gramm braune Weizen,
Pfd. 4,20 M., Abschnitt 6 200 Gramm Backobst, Pfd. 6,50 M.

Aus den Organisations.

Reisebericht Berlin-Brandenburg. In unserer Reihe be-
findet sich ein Druckfehler, es muß heißen: Die Verhandlungs-
versammlung findet am Freitag, den 2. April, vormittags 10 Uhr,
im Sophien-Hotel, Wilmersdorf, statt.

Staatliche Tätigkeit und Geschäft.

Wie Großindustrie für ihren Profit sorgte.

Einen sehr interessanten Beitrag zu der Frage der Verquickung von staatlicher Tätigkeit mit persönlichen Interessen, die ja im Selbstzweck eine große Rolle spielt, liefert „Industrie“ in der letzten erschienenen Nummer 11 des „Sozialist“. Bereits im Juli 1919 hatte derselbe Verfasser im „Sozialist“ einen Artikel „Hinter den Kulissen der Schwerindustrie“ veröffentlicht, deren heftige Angriffe großes Aufsehen erregten, die aber von den Angegriffenen ebenso mit Schweigen beantwortet wurden, wie von der Regierung mit Untätigkeit.

Industrie schildert u. a. die Beteiligung des Großindustriellen Klöbner — nebenbei bemerkt desselben Klöbner, der als einer der Hauptkräfte für die Verlängerung der Arbeitszeit der Bergarbeiter angesehen ist — an der Zerstörung der belgischen und französischen Industriewerke. Hier sei besonders interessant der Fall der Grube Auboué. Sie war das größte der von der deutschen Schutzverwaltung im französischen Briegegebiet betriebenen Erzbergwerke. Die durch den Kriegsausbruch stillgelegten Hochöfen wollte die Verwaltung wieder in Betrieb setzen lassen, da eine vorläufige Schließung ergeben hätte, daß durch Inbetriebnahme der Hochöfen ein monatlicher Gewinn von etwa 500 000 M. erzielt werden könnte.

Sobald Klöbner von dem Man der Inbetriebnahme der Hochöfen Kenntnis erhielt, war es sein Bestreben, dies mit allen Mitteln zu verhindern, da ihm und dem Hochöfenbesitzer die Konkurrenz eines staatlich betriebenen Werks höchst unbecommend wäre. Klöbner trat Klöbner mit der Forderung hervor, daß die Maschinenanlagen von Auboué unbedingt für die Aufrechterhaltung des Betriebes seines Werkes in Ansehung notwendig seien. Von der zuständigen Prüfungsstelle des Kriegsausschusses wurde schließlich sofort beschleunigt, daß die Maschinen für Annehmungen unentbehrlich seien und daß andere Maschinen im besetzten Gebiet, die an deren Stelle hätten genommen werden können, nicht vorhanden seien. Bei dem starken Einfluß, den die Schwerindustrie auf die über in Frage kommenden Stellen hatte, war die Erteilung einer solchen Bescheinigung nicht verwunderlich. Daß sie in keiner Weise den Tatsachen entspricht, wird sogleich gezeigt werden.

Nur 14 Kilometer von Auboué entfernt liegt das Hochöfen- und Stahlwerk Homécourt, das aus technischen Gründen für eine Inbetriebnahme während des Krieges nicht in Frage kam. Dort lagen mehrere große Maschinen, die statt derjenigen von Auboué an Annehmungen hätten geliefert werden können. Der Verfasser der amtlichen Bescheinigung über die Unentbehrlichkeit gerade der Maschinen von Auboué weiß nichts davon. Die Maschinen in Auboué wurden abmontiert und nach Annehmungen geschafft und damit natürlich die Inbetriebnahme der Hochöfen in Auboué unmöglich gemacht. Das bide Ende kam jedoch noch, als die Franzosen gegen Ende 1918 in Lothringen einrückten. Sie stellten sofort fest, daß der größte Teil der angelieferten wegen absoluter Unentbehrlichkeit für Annehmungen Mitte 1917 in Auboué abmontierten Maschinen noch auf dem Güterplatz in Annehmungen lag und daß sogar die Vorbereitungen für die Aufstellung noch gar nicht getroffen waren. Nicht mit Unrecht folgerte daraus die französische Behörde, daß die Verschleppung dieser Maschinen von Auboué ein Akt der völkerrrechtswidrigen Sabotage gewesen sei. Es wurde daraufhin der Direktor der Annehmungen Güte zu längerer Freiheitsstrafe verurteilt, und zwar in jeder Hinsicht, da er nicht der Anführer gewesen war. Beschlüssend ist nur, feststellen zu müssen, daß von deutscher Seite derartige Vorkommnisse ungeahnt blieben und daß erst die einrückenden Franzosen zur Bestrafung dieser Vorkommnisse eingriffen. Zum Schluß sei noch die Frage aufzuwerfen: Wer erlittet der deutschen Bevölkerung den außerordentlichen Schaden, der durch Stillbetriebnahme der Hochöfen in Auboué und den Weiterbetrieb der Wasserhaltung mittels der kuren Stöße bis Ende 1918 entstanden ist? Die Angabe, daß nach vorläufiger Schätzung der Gewinn für Auboué monatlich 500 000 Mark betragen haben würde, gibt für die Bemessung des Schadens einen ungefähren Anhalt.

Auch jetzt denkt kein Mensch an Verfolgung dieser Angelegenheit. Das zeigt, wie wenig berechtigt die Entlastung der Klöbner über Erzberger ist, die in ihren Reihen sehr einflussreiche Leute haben, die dauernd ihre amtlichen Kenntnisse zu ihrer persönlichen Bereicherung ausgenutzt haben.

Erwerbslosenfürsorge an Ausländer.

Nach dem am 1. April d. J. in Kraft tretenden § 7 der Reichsverordnung über die Erwerbslosenfürsorge wird die Erwerbslosenfürsorge Ausländern nur gewährt, wenn ihr Heimatland deutschen Erwerbslosen nachweislich eine gleichwertige Fürsorge gewährt.

Die der preussische Minister für Volkswirtschaft bekannt gibt, trifft diese Voraussetzung bisher für Deutsch-Ostpreußen, die Schlawig und die Altschloß-Flasche zu. Den Angehörigen dieser Staaten kann also über den 1. April 1920 hinaus in Deutschland die Erwerbslosenfürsorge gewährt werden wie den Inländern.

Finanzjorgen.

Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Nationalgesetzes zugegangen, nach dem der Regierung des Reiches die Ermächtigung erteilt werden soll, für die Monate April, Mai und Juni alle Ausgaben zu leisten, die zur Erhaltung geschäftlich bestehender Einrichtungen und zur Durchführung gesetzlich beschlossener Maßnahmen erforderlich sind, ferner die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Reiches zu erfüllen, und Wahlen fortzusetzen, die bereits durch den Etat eines Vorjahres bewilligt waren. Außerdem sollen unter dem Vorbehalt der Lebensnahme der Eisenbahn und Postverwaltungen durch das Reich, Maßnahmen, die sich aus der Erfüllung des Friedensvertrages bezüglich der Verminderung des Heeres und der Marine ergeben, und endlich können für Meer und Marine bei wachsendem Bedarfs weitere Ausgaben geleistet werden.

Zu diesem Behufe wird die Ausgabe von Schatzanweisungen in Höhe von sechs Milliarden Mark gefordert. Außerdem soll eine Anleihe von einer Milliarde Mark zur Bestreitung der einmaligen Ausgaben beschafft und fern dem Finanzminister die Ermächtigung erteilt werden, für Milliarden Mark in Wege des Anleihe fähig zu machen zur Bestreitung der Ausgaben für die Erfüllung des Friedensvertrages.

Nach dem der Preussischen Landesversammlung zugegangenen Entwurf des Haushaltsplanes für 1920 sind die Einnahmen und Ausgaben auf 5 023 718 845 Mark festgesetzt. Die ordentlichen Einnahmen betragen 5 017 716 645 M., die außerordentlichen 6 012 900 Mark. Die dauernden Ausgaben stellen sich auf 4 719 406 815 Mark, die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben auf 907 322 030 Mark.

Lohnerhöhungen für Bergarbeiter.

Offen, 31. März.

Bei den heutigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiterverbände und den Zechenverbänden wurde folgende Vereinbarung erzielt: Unter der Voraussetzung einer entsprechenden Kohlenpreiserhöhung tritt vom 1. April für alle Arbeiter über zwanzig Jahre eine Erhöhung der Schichtlöhne unter Tage um 1,50 M. pro Schicht und bei den Bergarbeitern eine Erhöhung des Grundlohnes um gleichfalls 1,50 M. ein. Der Lohn der Tagearbeiter wird um 0,90 M. die Stunde für alle über zwanzig Jahre alten Arbeiter erhöht. Auch die unter zwanzig Jahre alten Arbeiter über und unter Tage erhalten eine ihrem Alter entsprechende Lohnerhöhung, die sich im einzelnen aus der neuen Lohnordnung ergibt.

Es ist ein unerhörter Anflug, daß die unerlässlichen Lohnerhöhungen an die Bedingung geknüpft werden, daß den Zechenbetrieben die Löhne in Gestalt von Preiserhöhungen von den Konsumenten zurückgezahlt werden. Eine solche Methode ist keineswegs gerechtfertigt, denn das Grundkapital steht auch ohne Preissteigerungen immer noch Mißbräusen ein, von denen es sehr wohl höhere Löhne zahlen kann. Die Gewerkschaften sollen sich endlich gegen diesen Anflug zur Wehr setzen, denn damit wird doch der Heppresse das Argument, daß die Arbeiter an allen Preissteigerungen schuld seien, direkt in den Mund gelegt. Die gewohnheitsmäßige Hebung dieser Methode muß schließlich zu einer Diskreditierung der Gewerkschaftsbewegung bei der unbeteiligten Bevölkerung führen.

Lohnstatistik.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: „Die auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums vom Statistischen Reichsamt eingeleitete Lohnstatistik, deren Ergebnisse für die Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse von hervorragender Bedeutung sind, löst in letzter Zeit in einzelnen Fällen auf Widerstand. Obwohl bei den Beratungen über die Erhebungen die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise im weitesten Maße beteiligt worden sind und volles Einverständnis über Art und Umfang der Statistik erzielt wurde, waren bei der zunächst verfahren freiwilligen Durchführung der Erhebung so große Bedenken zu befürchten, daß der Wert der mit großer Mühe und erheblichen Kosten eingeleiteten wichtigen Arbeit ernstlich Schaden gelitten hätte. Es blieb daher nichts übrig, als zu Zwangsmassnahmen zu greifen. Unter dem 9. März ist eine Verordnung erlassen, die sowohl jeden Arbeitgeber wie jeden Obmann des Angestellten- oder Arbeiterausschusses als auch jeden einzelnen Arbeiter unter Androhung erheblicher Geldstrafe verpflichtet, die Fragebogen genau, vollständig und richtig auszufüllen, zu unterschreiben und rechtzeitig an die bezeichnete Stelle zurückzugeben. Es kann nur dringend empfohlen werden, dieser Pflicht zu genügen.“

Wir sind der Ansicht, daß die Arbeiter und Angestellten keine Ursache haben, die Angaben zu verweigern. Sie sind auch jumeist durch die statistischen Erhebungen der Gewerkschaften daran gewöhnt, ihre Löhne zuverlässig anzugeben, so daß wir nicht annehmen können, daß der Widerstand, über den das Ministerium klagt, bei der Arbeiterschaft vorhanden ist.

Gesetzentwurf über eine Arbeitslosenversicherung.

Ein neuer Entwurf für eine Erwerbslosenfürsorge wird von der Reichsregierung ausgearbeitet, der dem neugewählten Reichstag vorgelegt werden soll. Der Inhalt des Entwurfes ist etwa folgender:

Gegen Arbeitslosigkeit wird jeder Arbeiter und Angestellte versichert, der gewaltsam von der Arbeitslosigkeit betroffen ist. Die Unterfertigung im Falle der Arbeitslosigkeit erhält jeder, der ohne sein Verschulden arbeitslos geworden ist. Die Höhe der Unterstützung regelt sich nach Ortlohn und Krankengeld. Die Unterstützung wird zeitlich begrenzt. Der Arbeitslose unterliegt einer genauen Kontrolle. Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung arbeiten Hand in Hand. Die Unterstützungsgelder dienen allein zur Bestreitung des notwendigen Lebensunterhaltes. Die Gemeinden werden verpflichtet für ihren Bereich Erwerbslosenfürsorgeanstalten zu errichten. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen Beiträge zu diesen Kosten analog der Versicherungsordnung. Das Reich bewilligt zunächst noch Zuschüsse. Wer vermittelte Arbeit ablehnt, ist der Unterstützung verlustig.

Es geht nicht an, daß die Arbeiterschaft durch die Beitragspflicht gezwungen wird, sich selbst gegen Arbeitslosigkeit zu versichern. Solange das Gemeinwesen nicht tut, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden, sondern es den Unternehmern erlaubt, die Arbeiter zu sehen ohne zuvor durch Verfürgung der Arbeitszeit und ähnliche Maßnahmen die Arbeitsnot zu mildern, solange kann keine Rede davon sein, daß die Arbeiter einen Teil ihres Lohnes hergeben sollen, um sich gegen Arbeitslosigkeit zu versichern. Ruhnieher dieser „Freiheit“ sind allein die Unternehmer, weshalb zu fordern ist, daß sie auch die Kosten allein tragen.

General Seect freier die Söldner.

General von Seect will auf dem Boden der Verfassung stehen und versichert, daß er den Rutsch Kapp-Lüttich verurteilt. Er kann aber nur als der würdige Nachfolger von Lüttich betrachtet werden, denn er hat bisher nichts getan, was als Anfang oder Versuch zu einer Neuordnung innerhalb der Reichswehr gedeutet werden könnte. Im Gegenteil, er erklärt sogar heute noch gewisse Befehle von Lüttich als zu Recht bestehend und verlangt von den ihm unterstellten Truppenteilen, daß sie durchgeführt werden. So lesen wir in einem Tagesbefehl des Sturmabteilungsschmid vom 24. März das Folgende:

Die durch Kapp-Lüttich den Angehörigen der Reichswehr bewilligten Zulagen und sonstigen wirtschaftlichen Vorteile werden auf Befehl des Generals von Seect bis auf weiteres aufrechterhalten.

Als Fleischportion dürfen 100 Gramm frisches Fleisch oder 250 Gramm Fleischkonserve gewährt werden.

Zur Verbesserung der Lebensmittel-Mengen sollen Gemüsepotionen mehr empfangen werden.

Die Durchführung dieses Befehls wurde durch General von Seect unter Nr. 40/20 Va telegraphisch angeordnet. Herr von Seect erklärte neulich im „Berliner Tageblatt“, daß man die Söldner „freier“ müsse. Auch wir sind der Meinung, daß die Söldner, die ehrlieh auf dem Boden der Republik stehen, anständig und den allgemeinen Verhältnissen entsprechend bezahlt werden müssen. Das darf aber nur durch das Parlament geregelt werden. Herr v. Seect jedoch macht sich die Befehle eines Hochverräters zu eigen und verfügt über den Kopf des Parlaments hinweg, daß die Bezüge der Truppen von 6 auf 15 Mark pro Tag erhöht werden, genau so wie es Lüttich, der auch die Söldner „freier“ wollte, angeordnet hatte. Das sieht ganz so aus, als ob Herr von Seect der Testamentsvollstrecker des Hochverräters Lüttich geworden wäre.

Freiheitliche Schulforderungen.

Der Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Deutschösterreichs erhebt anlässlich des gegenrevolutionären Staatsstreiches, der durch die mangelhafte Durchföhrung des Beamtenförperts mit republikanisch-sozialistischen Elementen, besonders in der Lehrerschaft, und durch den bisherigen Kurs der Schulpolitik möglich war, folgende Forderungen:

1. Säuberung der Unterrichtsministerien, der Provinzial-Schulkollegien, der örtlichen Schulverwaltungen und Schulleitungen von allen Beamten an maßgebender Stelle, deren reaktionäre Gesinnung zutage liegt.
2. Strenge Untersuchung und Abklärung aller Fälle, wo Lehrer und Schulleiter ausdrücklich zur Mittels bei der Technischen Ausbildung, Selbstverpflichtungsdiens etc. unter der Herrschaft angehalten, beurlaubt, ermuntert oder selbst sich in dieser Formationen betätigt haben.
3. Verbot von Abzeichen und Fandenbändern des alten monarchistischen Deutschlands für alle Schüler innerhalb der Schulräume oder auf dem Wege dorthin. Verbot der Beteiligung an technischen oder militärischen Formationen irgendwelcher Art für Schüler jeder Gattung und jedes Alters.
4. Aufrechterhaltung des Verbots der bisher eingeföhrten Geschichtslektüren.
5. Sofortige Einsetzung von Kommissionen im Geschäftsbereich der Provinzial-Schulkollegien, welche die sofortige Säuberung der Lehrkräfte, Lehrmittel, Bücher und des Wärderschmucks der Schulen von allen monarchistischen und monarchistischen Bestandteilen umgehend in Angriff nehmen. Zu diesen Kommissionen sind Vertreter der Elternbeiräte, der Schuldeputationen, der sozialistischen Lehrerbereinigungen und der Arbeiter-Bildungsorganisationen als Mitglieder heranzuziehen.
6. Aufhebung der verfassungswidrigen Erlasse über die Befreiung vom Religionsunterricht und Anordnung der Anmeldepflicht für die Religionsunwilligen zu Beginn des Schuljahres 1920/21, entsprechend dem Artikel 149 der Reichsverfassung.

Die italienischen Sozialisten gegen die Ententepolitik.

Rom, 31. März.

Als Sprecher der sozialistischen Fraktion griff Treves in einer großen Rede die auswärtige Politik der Alliierten als grausame Fortsetzung des Krieges an und verlangte absolute Freiheit der Meere. England dürfe sich nicht an den Dardanellen festsetzen und auch nicht den Nach-Ostsee-Kanal beherrschen. Man müsse endlich Gerechtigkeit bekommen, daß Frankreich und England nicht nochmal in Deutschland intervenieren.

Sunderfon über die Folgen des Versailler Vertrages.

H. N. London, 31. März. (Wiedung d. Post. Reutersbüro.)

Sunderfon erklärte in einem Interview, daß die jüngsten Ereignisse in Deutschland durch die schlimme wirtschaftliche Lage, die durch das Versailler Abkommen entstehen mußte, verursacht sind. Das sei wieder ein Beweis dafür, daß die Politik der Labour Party, die jederzeit für gemäßigtere Bedingungen war, die richtige gewesen ist.

Verhaftung des Radikalen v. Kessel. Aus Breslau wird gemeldet: Der während der Kappperiode amtierende Oberpräsident v. Kessel ist in Schubhaft genommen worden.

Aufstellung des Reichskommissariats für das Wohnungswesen. Mit dem 1. April d. J. wird das Reichskommissariat für Wohnungswesen aufgestellt. Die bisher vom Reichswohnungskommissar innegehabten Befugnisse fallen mit dem gleichen Tage im vollen Umfange an das Reichsarbeitsministerium zurück.

Permanenter Streikausbruch in England. Eine Konferenz der Trade Union-Führer beschloß sich mit der Kommissarität der Bildung eines permanenten Ausschusses, der bei Streikfällen die Funktionen einer Streikleitung zu übernehmen und außerdem allerhand Untersuchungen allgemeiner Art vorzunehmen hat.

Aus aller Welt.

Der große Orkan in Nordamerika.

Chicago, 30. März.

Die ganze Gegend, in welcher der große Orkan gewüdet hat, steht unter militärischer Verwaltung. Der Tornado kam von Südwesten und ließ eine Spur der Verwüstung hinter sich. Hunderte von Personen werden vermisst. Man zählt mehr als 20 Tote in Indianapolis im Staate Indiana, wo verschiedene kleine Städte fast gänzlich nicht mehr vorhanden sind. Es ist unmöglich, den Schaden zu schätzen. In Fort Wayne im Staate Indiana wurden 15 Personen getötet. Cleveland in Ohio ist der Verwüstung entgangen, aber es sind dort auch ungefähr 15 bis 20 Personen getötet worden. In Toledo in Ohio erfasste der Orkan den Südwesten der Stadt über eine Breite von 134 Meilen und wü die Eisenbahn aus den Schienen und zerbrach die Eisenbahnbrücken. Laut Nachrichten aus St. Louis im Staate Missouri sind viele Städte in dieser Gegend durch das Feuer, welches dem Tornado folgte, vernichtet worden. Das amerikanische Rote Kreuz mobilisierte alle Kräfte, um den Opfern des Sturmes Hilfe zu gewähren.

Sorden erschienen!

Programm und Taktik der U. S. P. D.

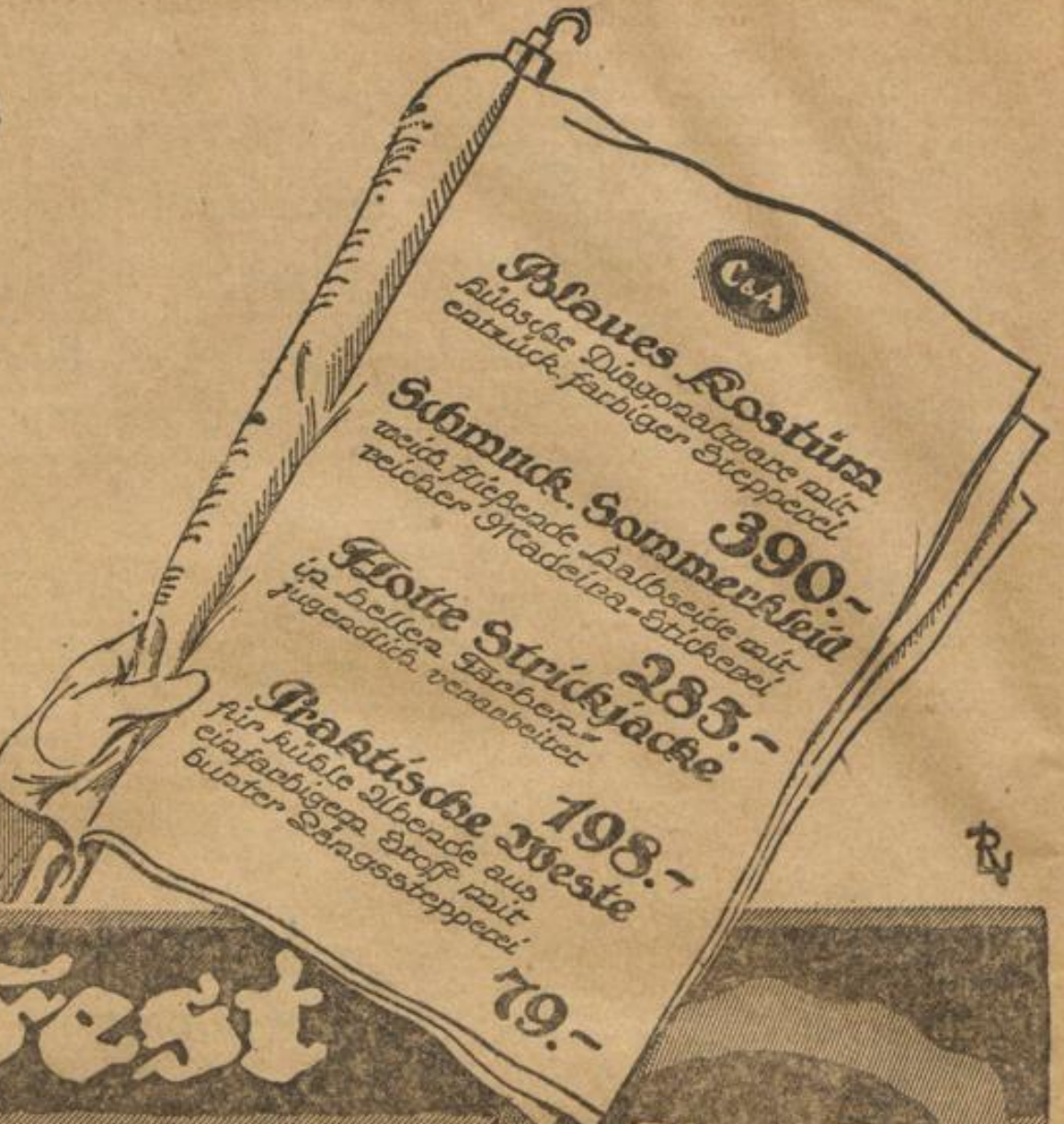
von

Arthur Crispian

Dreis 3.— Mark

Organisationen erhalten Rabatt

Duchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 8-9, Berlin C2.



Früher's Fest

C&A

Königsstr. 33 Chausseestr. 113
 am Bahnhof Alexanderplatz beim Steffler Bahnhof

Theater und Vergnügungen.
Volksbühne
 Paul Lange u. Tora Parsberg
Neues Volkstheater
 Köpenicker Str. 66
 7 Uhr: *Hoffnung auf Segen*
Opernhaus Palestrina
 Anfang 8 Uhr
Schauspielhaus
 Friedrich der Große, I. Teil:
Der Kronprinz
 Anfang 8 Uhr
 Direktor: Max Reinhardt
Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr: *Und Pippa tanzt*
Kammerspiele
 7 1/2 Uhr: *Gabriel Schöllings Flucht*
Großes Schauspielhaus
 Karlsruher
 7 1/2 Uhr: *Der weiße Holland*
 (54. Abteilung, II. Abend)
 Direktor: Carl Weinberg - End. Bernauer
Theater L. d.
Königsgrätzer Straße
 10 Uhr: *Schloß Wetterstein*
 Sonntag: *König Nicolò*
 1. Feiertag: *König Nicolò*
 Nachm.: *Erde und Meer*
 2. Feiertag: *S. I. e.*
 Nachm.: *Erde und Meer*
Komödienhaus
 8 Uhr: *Der Herr Minister*
 (Max Paalenberg)
Berliner Theater
 7 1/2 Uhr: *Der letzte Walzer*
 (Fritz Messerly, Osa Stern, Hans Waxmann)
Trianon-Theater
 (Bahnhof Friedrichstraße)
 Täglich 8 Uhr:
FEMINA
 Sonntag 4 Uhr: *Max und Moritz*
 An beiden Feiertagen, 4 Uhr:
 kleine Preise:
 Herrschall, Diener gesucht
Residenz-Theater
 (Stadtbahn Jannowitzbrücke)
 Täglich 8 Uhr:
Die Ruse hofft
 von Herrn. Sufermann
 Sonntag 4 Uhr: *Kullerpöppchen*
 An beiden Feiertagen, 4 Uhr:
 kleine Preise:
 Der gute Ruf

Lessing-Theater
 Direktion: Victor Barsowsky
 7 1/2 Uhr: *Pygmalion*
 Freitag: *Geschlossen*
 Sonnabend 7 Uhr: *Wozzeck*
 Die Heilichwester
Deutsches Kunst-Theater
 Allabendl.
 7 1/2 Uhr: *Menagerie*
 (Adalbert, Ode, Hans, Kon-
 schwaka, Fischer, Morgan,
 Walfänger)
 Freitag: *Geschlossen*
Neues Operettenhaus
 Direktor: Jean Kren
 Allabendlich 7 Uhr 20 Min.:
 Mia Werber u. Co.
Die kleine Hohel
Wahalla-Theater
 7 1/2 Uhr:
Die Csárdásfürstin
Rose-Theater
 7 1/2 Uhr:
Die im Schatten leben
Circus Busch
 Donnerstag, d. 1. April 7 1/2 Uhr
 Erstaufführung:
Der Wilddlieb
 Original-Pantomime in
 5 Akten und 1 Apotheose.
 1. Tüftler Tüftler
 2. Humo-Ballet
 1. Akt: Das Rodel- und
 Schlittschuhfest
 2. Akt: Das Schiffsfest
 Orig. Theater Tüftler
 3. Akt: Die Ermordung des
 Fürstenerstern Rudl
 durch den Wilddlieb
 4. Akt: Das Schwurgericht
 5. Akt: In d. Gekänglerelle
 6. Akt: Apotheose. Das gr.
 Blumen-Ballet, das
 Alpenblumen, die
 Wunderlöcher u.
 1. u. 2. Teil
 Vorher das neue
 April-Programm:
 Hel-Fr-Truppe, chines.
 Gaukler
 Marine, Evolutionen am
 schwank. Schiffsmast
 Yuki, d. Mann i. d. Flasche
 Karl Hess, Freibeit-
 drossen usw. usw.
 Karfreitag geschlossen.
 An allen 3 Osterfesttagen:
**2 Große Fest-
 2 Vorstellungen**
 3. und 7 1/2 Uhr:
 In sämtl. Vorstellungen,
 auch nachmittags:
 Die neue Pantomime
Der Wilddlieb,
 sowie das neue Programm.

Nachm.	1	2	3
hat jed.	Kind	erw.	erw.
Erw.			

Casino-Theater
 Lehnlager Str. 37. Tagl. 7 1/2 Uhr
 Der neue Possenspieler
Ein alter Sünder
 An allen Feiertagen
 2 Vorstellungen
 7 1/2 Uhr: *Ein alter Sünder*
 Nachm. 3 Uhr: *Onkel Moritz*
Königsstadt-Kasino
 Alexanderstr. 21.
 Tel. Alexander 424
 Sile und Verolastimmer
 in jeder Größe.
Apollo-Theater
 Friedrichstr. 218.
 Allabendlich
 7 1/2 Uhr: *Unüberwindliches*
 Varieté-Programm!
Theater am Eastbury Tor
 Tel. Moritzplatz 1414.
 Tagl. 7 1/2 und Sonntag
 nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
 9 abem. Mitgl. der
 Berliner Sänger,
 Blüthen-Lied
 Vorr. II-14. 4-6 Mk.

Ab heute



Kameraden
 nach August Strindberg
 In den Hauptrollen:
Harriet Strindberg-Bosse
 und **Alfred Abel**
 U.T. Karlstr. 26 und U.T. Nollendorfplatz 4
Gefesselte Menschen
 Drama in 5 Akten
 Hauptdarsteller:
 Damen: **Dorsch, Konstantin, Grüning**
 Herren: **Kaiser-Titz, Hartmann, Diegelmann**
 U.T. Alexanderplatz
Albert und Eise
Bassermann
 im Schauspiel
Die Stimme
 U.T. Friedrichstr. 100
 U.T. Weinbergweg 16 und Schönberg
Der Fackelträger
 mit
Asta Nielsen
 Lilli Jacobson und Alf Billecker
 U.T. Hasenheide 20
Maria Magdalene
 nach Friedrich Hebbel
 Wochenstage ab 7 Uhr / Sonntags: Beginn 4 Uhr
Karfreitag geschlossen!

Großes Schauspielhaus
 Zu vollständigen Preisen:
 Oftersonntag, den 4. April, 2 1/2 Uhr
 außer Abonnement
Hamlet
 Regie: Max Reinhardt
 Oftermontag, den 5. April, 2 1/2 Uhr
 außer Abonnement
Drestie
 Regie: Max Reinhardt
 Drestes: Alexander Moissi
 Preise der Plätze 20 - bis 20. 12. - Silbert: Theater-
 tolle, A. Wertheim und im Spezialdienst.

Ab heute
UFA
Lichtspiele
TauentzienPalast
Die Tänzerin Barberina
 nach dem gleich. antigen Roman
Adolf Paul
 von
 Für den Film in 7 Abteilungen
 vom Verfasser bearbeitet
 Titel-
 rolle: **Lyda Salmonowa**
 Wochenstage: 7 und 8 1/2 Uhr; Sonntags: 4 Uhr
 Vorverkauf II bis I Uhr
Karfreitag geschlossen!

THEATER AM MORITZPLATZ
 GRANIENSTR. 147
 DIREKTION SIEGBERT GOLDSCHMIDT
 Der große Erfolg.
Morel
 der Meister der Kette
 I. TEIL:
Die Kette
 7 Akte nach dem Roman
 „Glanz und Elend der
 Courtesanen“
 von Honoré de Balzac
 Regie: Conrad Wiene
 Einl. B: 830 830

KANT-LICHTSPIELE
 KANTSTRASSE 54
 an der Wilmersdorfer Str.
 Der Tod
 des „Großfürsten!“
 II. Teil
Der Tanz auf dem Vulkan.
 Außerdem:
Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
 Lustspiel in 3 Akten
 Einl. B: 830 830

Kupfer
Messing
Zinn
 Sämtl. Metall
Quecksilber
Platin
Gold-
Silber-
Abfälle
 Zahngewerbe
 kauft zu niedrig
 hohen Preisen
 In unseren
 6 Einkaufsstellen
Metall-Zentral
 1. Brunnenstr. 31
 am Rosenhain, Pflanz-
 2. Fennstraße 48
 am Weddingplatz
 3. Beusselstr. 29
 nahe der Turnstr.
 4. Bahnhofstr. 2
 Ecke Schönberger Str.
 am Anhalter Bahnhof
 5. Neul. 11
 Kolln. Friedr.-Str. 22
 nahe Hermannplatz
 6. Weidenweg 7
 am Dalfenplatz.

Blei! Zinn
Weißmetalle
 alle Legierungen, ferre
 Kupfer, Rotg.
 Messing, Aluminium,
 Nickel, etc. Quec-
 silber, Platin, Gold-
 u. Silberbruc-
 Zahngewerbe etc.
 höchsten Tagespreis
Ede/metall-
Einkaufsbüro
 Weberstraße 31
 Alex. 4745.

Alleerhöchste Preise
Metalle
 und gebündeltes
 Metallbruch b
A. AUK
 Neukölln, Steinhilberstr.

Reederei Kahnt & Hertzner
 Fernsprecher: Königstadt 2062
 Dam. fer-Extra-
 fahrten ab **Waisenbrücke**
 Karfreitag, Ostern
 Krampenburg
 und folgende Sonntags
 8 1/2 u. 2 Uhr nach

Briefmarken, Münzen
 kauft Grossmann, Johannisstr. 4
 Norden 100 2L.

Quecksilber!
 nur ich zahle alle Preise
 Prager, Müllerstr. 154

Trotz Preissturz zahle:
 Lagermetall kg bis 12.00 Mk.
 Kupfer . . . kg bis 11.00 Mk.
 Rotg. . . . kg bis 9.50 Mk.
 Messing . . kg bis 7.00 Mk.
 Blei kg bis 4.00 Mk.
 Zink kg bis 3.50 Mk.
 Tasche, Belle-Alliance Str. 88
 Langenbecker, 4. u. 6. Ehinger Str.
 u. Wilmersd., Derardorstr. 18a.